Zeitschrift der Offiziersgesellschaft Wien

unser Auftrag

№ 295
Oktober
2021

Militärische Führung neu organisiert

Neuordnung der Zentralstelle und der oberen militärischen Führung

Machtwechsel in Afghanistan
Geopolitische Auswirkungen

100 Jahre Burgenland
Militäreinsatz zur Übergabe an Österreich

Die kritische Instanz in Sachen Sicherheit.

P.b.b., Verlagsort 1010 Wien • Vertragsnummer 02Z032904M

Editorial

Dr. Bernhard Egger, Olt

Militärisches Führen statt verwalten!

Für die Herbstausgabe von UNSER AUFTRAG konnten wir Herrn Generalmajor Rudolf Striedinger, den neuen stellvertretenden Generalstabschef und ÖOG-Vizepräsidenten für einen Artikel über die Reform der Zentralstelle und obersten militärischen Führung gewinnen. General Striedinger hatte uns bereits im November 2020 ein hochinteressantes Interview zur Reform des Bundesheeres gegeben. Der vorliegende Beitrag ist somit ein Follow-Up zu diesem Interview. Positiv ist unter anderem, dass durch die neue Struktur zukünftig wieder mehr das militärische Führen statt das Verwalten im Vordergrund stehen soll. Bei der überschaubaren Größe des Bundesheeres haben einige Offiziere und Experten schon länger die Ansicht vertreten, dass hier Bereiche des BMLV und der oberen Kommanden aus Effizienzgründen ruhig zusammengeführt werden können, zur Stärkung der Truppe. Aber: Man darf sich bei der Reform des Bundesheeres auch nicht blenden lassen. Letztlich entscheidender als alle Organisationsfragen der oberen Ebenen ist, ob das Bundesheer auch weiterhin zum Kampf der verbundenen Waffen befähigt sein wird oder nicht. Diese Frage, genauso wie die Frage der notwendigen Eurofighter-Nachrüstung oder Nachbeschaffung, wurde in der Öffentlichkeit noch nicht (glaubhaft!) beantwortet. Wie dem auch sei, wir bedanken uns bei General Striedinger für seinen aufrichtigen Einsatz für das Bundesheer. Er ist hier sicherlich ein wichtiger Verbündeter aller, denen ein einsatzfähiges Bundesheer ein Anliegen ist.

Weiters beleuchten wir in der vorliegenden Ausgabe die geopolitischen Konsequenzen der überraschend schnellen Machtübernahme der Taliban in Afghanistan nach dem Abzug der westlichen Truppen. Für Europa ein erhellender Moment, dass einerseits der überhastete Abzug der US-Amerikaner nur mangelhaft mit den Verbündeten abgesprochen war und andererseits die Europäier nicht einmal im Stande waren, alleine – ohne US-Führung – den Flughafen von Kabul für ein paar Tage selbständig zu sichern. Darüber hinaus berichten wir in der vorliegenden Ausgabe wieder von einigen Veranstaltungen der OG-Wien. Herausgestochen ist hier sicherlich der exklusive Online-Vortrag von Innenminister Karl Nehammer am 22. Juni, genauso wie der 7. Graf Starhembergmarsch am 11. September. Als militärhistorische Artikel bringen wir diesmal einen Reisebericht von Obst Albert Jerabek anlässlich 25 Jahre Stalingrad-Mahnmal sowie einen Bericht von HGM-Historiker Thomas Edelmann zu 100 Jahre Burgenland.

Natürlich darf auch dieses Mal die Kolumne „Wussten Sie, dass…“ von Alt-Präsident ObstdIntD aD Peter Birkmayer nicht fehlen, ebenso wie der Bericht aus dem Militärkommando Wien von Obst Michael Rauscher.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre und weiterhin viel Gesundheit!

Brief des Präsidenten

Kameradschaftliches Miteinander stärkt!

Dr. Udo Birkner, ObstdIntD

Bei einer COVID19 Durchimpfungsrate der österreichischen Bevölkerung von über 60% zeigen sich derzeit erste positive Auswirkungen. Die aktuelle 7T Inzidenz liegt fallend bei 131 und es sind deutliche Differenzen zwischen geimpften und nichtgeimpften Bevölkerungsteilen erkennbar. Ich hoffe persönlich sehr, dass unsere Mitglieder und ihre Angehörigen gesund und wohlbehalten durch die Krise kommen und fortgesetzt ein größeres Ausmaß an persönlichen Freiheiten genießen dürfen.

Militärpolitisch ist derzeit die Reorganisation großer Teile der Zentralstelle sowie oberster Kommanden von höchster Bedeutung. Bereits der Entwurf stammte in Grundzügen von GenMjr Rudolf Striedinger, der auch mit der Umsetzung bis 2022 beauftragt worden ist. Wir konnten ihn für einen interessanten Artikel zu diesem Thema gewinnen – bitte informiert Euch direkt und mit großer Aufmerksamkeit im Inneren des Blattes.

Vereinsintern muss ich berichten, dass sich die Auseinandersetzungen zwischen ÖOG und Burghauptmannschaft in den letzten Tagen leider sehr nachteilig für uns entwickelt haben. Am 17.09.2021 setzte der ÖOG Präsident den ÖOG Vorstand in Kenntnis, dass der ÖOG eine Mietzins- und Räumungsklage der Burghauptmannschaft zugestellt worden sei. Für die OG Wien ist dies insofern nachteilig, als Mieterin des ganzen Kasinos am Schwarzenbergplatz die ÖOG ist, während der OG Wien die Räumlichkeiten nur zur gelegentlichen Nutzung überlassen werden. Wir haben in dem Verfahren auch keine Parteistellung, sind also vom Ausgang des Verfahrens einseitig abhängig. Der Vorstand hat diese Lageänderung in seiner letzten Vorstandssitzung beurteilt und entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Wir haben insbesondere mit dem Militärkommandanten von Wien erste Kontakte für den Fall aufgenommen, dass uns seitens ÖOG eine unmittelbare Räumung aufgetragen werden sollte. Da es sich hier für uns alle um eine wesentliche Fragestellung handelt, werden unser Generalsekretär und ich gegebenenfalls auch kurzfristig elektronisch berichten, sollten wir von neuen Entwicklungen in Kenntnis gesetzt werden. Wir müssen davon ausgehen, dass dieses Verfahren mehrere Monate, wenn nicht Jahre dauern wird. Bis zum Verfahrensausgang haben wir alle Überlegungen zum Kasinoumbau sistiert.

Der Herbst bringt uns erneut die Ausmusterung neuer Leutnante in Wiener Neustadt sowie bereits vorgelagert das Abrüsten junger Zgf (MOA). Der Vorstand wird – wie schon in den vergangenen Jahren – persönlich bemüht sein, in diesen Kreisen neue Mitglieder zu gewinnen. Die immer noch vorherrschende pandemische Lage macht das Anwerben neuer Mitglieder für den Verein zu einer sehr großen Herausforderung. Ich würde mich persönlich freuen, wenn wir hier Unterstützung von einer größeren Zahl unserer Mitglieder erhielten. Meine Erfahrungen zeigen, dass ausgetretene ehemalige Mitglieder positiv erfreut reagieren, wenn sie von Kameraden etwa gleichen Alters auf eine neuerliche Mitgliedschaft angesprochen werden. Vielleicht ergibt sich für Euch die eine andere Gelegenheit, in der ihr den Neubetritt eines alten Kameraden ansprecht. Vergesst nicht – ohne Kameraden keine Kameradschaft!

Zu den Personalia gehören auch unsere Auszeichnungen. Wie in der letzten Ausgabe angekündigt, haben wir schweren Herzens erstmalig Auszeichnungen postalisch zugestellt. Ich halte dies persönlich für nicht adäquat und akzeptiere diese Übergabeform aufgrund der vorherrschenden pandemischen Umstände. Um aber in dieser Dimension die hohe Arbeitsbereitschaft vor allem des Ordenskanzlers und auch die Dankbarkeit des ganzen Vorstandes zu zeigen, erinnere ich mit Nachdruck an unser Jubiläumszeichen. Wir haben in den letzten drei Jahren bei weitem noch nicht jedes Mitglied entsprechend der Dauer seiner Mitgliedschaft auszeichnen können und gehen im Rahmen der engen kapazitativen Möglichkeiten systematisch vor. Sollte uns dabei das Erreichen einer entsprechenden Jahresgrenze in Eurem Falle (noch) nicht untergekommen sein – bitte meldet Euch bei mir unter praesident@ogwien.at. Ich werde Euren Wünschen gerne auch im Einzelfall zusätzlich zu unserer Arbeitsroutine nachgehen.

Zu guter Letzt Euch allen und Euren Angehörigen persönlich das Allerbeste, vor allem aber Gesundheit. Bitte achtet auf Euch und haltet durch – wir schaffen das!

„Ohne Kameraden – keine Kameradschaft“. Unser Mitgliederstand ist von sehr großer Bedeutung - per 26.09.2021 lag er bei 1.136!

Zur Lage unseres Vereinslokales – „Viribus Unitis“

Wahrscheinlich kennen alle Mitglieder unser Vereinslokal am Schwarzenbergplatz 1 im 1. Wiener Gemeindebezirk sehr gut. Das „Kasino“ – wie wir es herkömmlicherweise nennen – ist Teil des Palais Ludwig Viktor, das als eines der bedeutendsten Ringstraßenpalais tonangebend bereits zwischen 1863 und 1866 errichtet worden ist. Architekt war Heinrich von Ferstel, unmittelbarer Bauherr Erzherzog Ludwig Viktor, der jüngste Bruder Kaiser Franz Josephs. Aus diversen Gründen verkaufte Erzherzog Ludwig Viktor das Palais 1910 an den „Militärwissenschaftlichen & Kasinoverein“, der selber etwa ein Fünftel des Kaufpreises erlegte, während der Rest durch einen Kredit beglichen wurde, den fortan das K.K. Kriegsministerium tilgte. Als Eigentümer eingetragen wurde nicht der Militärwissenschaftliche & Kasinoverein, sondern das K.K. Ärar. Aus vielerlei Gründen (u.a. Auseinandersetzungen zwischen dem Verein und der jungen Republik Österreich) wurde in der Zwischenkriegszeit das Bestandsverhältnis des Vereins durch einen Räumungsvergleich rechtswirksam beendet, nachdem bereits einer Räumungsklage der Republik Österreich gegen den Verein in erster Instanz stattgegeben worden war. Nach dem 2. Weltkrieg wurde 1946 die Republik Österreich als Grundeigentümer eingetragen. Das Gebäude beherbergte kurzfristig bis Jänner 1946 das Staatsamt für Heerwesen, dann das BM für Energie, das später in das BM für Handel & Wiederaufbau eingegliedert wurde, das heutige BM für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort. Heutiger „Hausherr“ ist somit die Burghauptmannschaft („BHÖ“), eine nachgeordnete Dienststelle des BM für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, die mit der Erhaltung des baukulturellen Erbes der Republik Österreich betraut ist.

Erster Mieter „unsererseits“ (seitens der Offiziere des Österreichischen Bundesheeres) war der Verein Alt-Neustadt, mit dem bereits 1953 ein Mietvertrag abgeschlossen worden war. Die Österreichische Offiziersgesellschaft („ÖOG“) sowie die Offiziersgesellschaft Wien („OGW“) wurden 1959 gegründet. Der erste nachweisbare Mietvertrag zwischen ÖOG als Bestandsnehmerin und der Republik Österreich als Bestandsgeberin datiert aus dem Jahr 1975. Der ÖOG werden dabei typische Mietrechte eingeräumt, der OGW wird (neben zwei weiteren Gesellschaften) lediglich die fallweise Mitbenutzung des Mietgegenstandes … gegen jederzeitigen Widerruf genehmigt. Die ÖOG hat aus diesem Vertrag hingegen das Recht, den Mietgegenstand für Vereins-, Kanzleizwecke und als Bibliothek zu nutzen. In praktischer Umsetzung dieses Rechts kam es im Jahr 2016 zu einer weiteren Vereinbarung zwischen ÖOG und OGW, die die Zusammenarbeit der beiden Gesellschaften hinsichtlich des Kasinos näher definierte und insbesondere verbindlich intern festlegte, dass die OGW die Hälfte der Betriebskosten und Mietaufwendungen für das Bestandsobjekt übernähme. Diese rechtswirksame Regelung ist heute allseits bekannt und fand in der jüngeren Vergangenheit sowohl innerhalb der OGW wie auch der ÖOG Zuspruch.

Seit vielen Jahren bemühte sich die ÖOG, das Untergeschoß unseres Vereinslokales (ehemals „die Bibliothek“) zu renovieren und baulich in einen multimedialen Vortragsraum umzubauen. Die OGW begrüßte diese Initiative, widmete bereits 2017 und 2018 einen Ansparbetrag iHv in Summe EUR 15.000 diesem Vorhaben, um das Vorgehen der ÖOG gegebenenfalls kameradschaftlich unterstützen zu können, und nahm Planungen zum Umbau und zur Renovierung des ebenerdigen Clublokals auf. Die ÖOG arbeitete lange Zeit an der Umsetzung ihrer Pläne, kam in ihren Bemühungen aber nicht voran. Das Gesprächsverhältnis zwischen ÖOG und BHÖ verschlechterte sich leider laut Berichten des ÖOG Präsidenten über die Jahre hinweg. Als größere Umbauten im Untergeschoß seitens der Eigentümerin und Bestandsgeberin Republik Österreich ohne Zustimmung der Bestandsnehmerin ÖOG vorgenommen wurden, trat diese in eine rechtliche Auseinandersetzung mit der BHÖ ein. Der ÖOG Präsident berichtete in den ÖOG Vorstandssitzungen laufend über den (nicht gegebenen) Fortschritt der Gespräche. Das Projekt des multimedialen Vortragsraumes rückte aber zunehmend in weite Ferne. Schlussendlich entschloss sich die ÖOG unter Hinzuziehung rechtlicher Beratung zur Mietzinsminderung und behielt ca. 46% des Mietzinses samt Betriebskosten zurück, dies unter Verweis auf die Nichtnutzbarkeit von Teilen des Vereinslokales. Der Vorstand der OGW beschloss, das Streitigwerden der Gespräche zwischen Republik Österreich und ÖOG nicht zu unterstützen – ein Beschluss, der freilich mangels Parteistellung der OGW ohne weitere rechtliche Bedeutung blieb. Die OGW regte als Mitglied der ÖOG zudem an, alles zu unternehmen, um einen langen Rechtsstreit mit der BHÖ hintanzuhalten.

Die OGW beschäftigte sich währenddessen intensiv mit Umbau- und Renovierungsplänen, die 2020 in einem vom Vorstand gebilligten Umbau- und Renovierungskonzept mündeten. Selbstredend ging der OGW Vorstand davon aus, dass alle Vorhaben breit diskutiert, gebilligt und unterstützt würden. Der OGW Vorstand plante, nicht bloß (rechtlich notwendigerweise) ÖOG und BHÖ, sondern auch (freiwillig) das BMLV samt Generalstab, das Militärkommando Wien und die Stadt Wien einzubinden. Die ÖOG Vorstandssitzung vom 17.09.2021 brachte dann überraschend eine gravierende Lageänderung. Die OGW hatte (über ausdrücklichen Wunsch des ÖOG Präsidenten) für diese Sitzung den schriftlichen Antrag eingebracht, die ÖOG möge die Umbau- und Renovierungspläne der OGW billigen und kameradschaftlich unterstützend die Meinungsfindung mit der Vermieterin, der Republik Österreich, begleiten. Dazu kam es nicht. Der ÖOG Präsident informierte den ÖOG Vorstand (das sind iW die Präsidenten der neun Landesoffiziersgesellschaften, darunter der Präsident der OGW), dass die BHÖ eine Mietzins- und Räumungsklage gegen die Mieterin, die ÖOG, eingebracht hätte. Wir schätzen, dass dieser Rechtsstreit u.U. mehrere Jahre in Anspruch nehmen könnte. Von der Vehemenz der Auseinandersetzung zwischen der Republik Österreich und der ÖOG sind wir als Vorstand der OGW überrascht und bedauern diese Entwicklung ausdrücklich.

Der Vorstand der OGW beurteilte sodann in seiner Sitzung am 20.09.2021 die Lage neu und leitete u.a. die folgenden Maßnahmen ein:

- Alle Maßnahmen im Zuge der Umbau- und Renovierungspläne der OGW werden bis zur Klärung der rechtlichen Unsicherheiten sistiert
- Alle Investitionen am Standort „Kasino“ werden auf das absolut notwendige Minimum beschränkt
- Die für das Untergeschoß gewidmete Rücklage iHv EUR 15.000 wird in die allgemeine OGW Rücklage rückgeholt
- Eine allfällig notwendige Verlegung des Vereinssitzes der OGW ist zu planen
- Vorbereitungen für eine allfällig zeitnahe Delogierung sind zu treffen
- Die Suche nach einem allfällig erforderlichen Ausweichlokal ist aufzunehmen
- Der MilKdt von WIEN ist zu informieren
- Mit der BHÖ (der unmittelbaren Bestandsgeberin) ist seitens OGW direkter Kontakt aufzunehmen, um ein besseres Verständnis der Lage zu erhalten
- Da die OGW stets gegen rechtliche Auseinandersetzungen mit der Republik Österreich als Bestandsgeberin aufgetreten ist, wird die OGW als Mitglied der ÖOG das Ziel verfolgen, dass die Auseinandersetzung der ÖOG mit der Bestandsgeberin, der Republik Österreich, unter Abwendung der Mietzins- und Räumungsklage möglichst zeitnahe beendet wird, und in diesem Prozess beiden Parteien kameradschaftliche Unterstützung anbieten

Die OGW verfügt in diesem Rechtsstreit über keine Parteistellung. Die ÖOG hat der OGW mitgeteilt, dass sie (die OGW) dieselben Informationen wie alle anderen Mitglieder der ÖOG zum Verfahrensverlauf erhalten werde. Diese Gleichstellung ist rechtlich gerechtfertigt, vernachlässigt aber das Faktum, dass die OGW von diesem Rechtsstreit zwischen Republik Österreich und ÖOG im Kern ihrer Interessen betroffen ist. Wir werden die Entwicklungen jedenfalls mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln weiterverfolgen, unsere Lage laufend beurteilen und die Interessen der OGW bestmöglich wahren. Erklärtes Ziel der OGW bleibt es, am Standort Militärkasino am Schwarzenbergplatz ein attraktives Club- und Vortragslokal zu erhalten und auszubauen, um für würdige und einladende Räumlichkeiten für alle unsere Offiziere zu sorgen. Ein – wie wir gesehen haben – auch schon historisch anspruchsvolles Ziel!

Viribus Unitis

Wien, am 6. Oktober 2021 Der Vorstand

Impressum Unser Auftrag - Member of European Military Press Association

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Offiziersgesellschaft Wien, 1010 Wien, Schwarzenbergplatz 1, Fax 01/307 89 09, zu 100 Prozent. **Vorstand:** Präsident ObstdIntD Dr. Udo Birkner, Vizepräsident Obst aD OSR Dipl.-Päd. Jürgen R. Frank, Vizepräsident (& Chef des Stabes) Bgdr MMag. Philipp Ségur-Cabanac, Vizepräsident Obst Michael Rauscher, Vizepräsident (und Kassier) Mjr Mag. Albert Stöger, Generalsekretär Hptm Dr. Günther Steiner, Generalsekretär-Stv Hptm Mag. Johann Schimatschek, Ordenskanzler ObstdhmfD Mag. Philipp Loske, Hptm Mag. Thomas Axmann, Olt Dr. Bernhard Egger, Olt dRes Mag. Nikolaus Futter, Olt Dr. Johannes Kunz, Lt Ivan Kuzmin, BSc, Hptm André Poimer, BSc, MA, Wm (MOA) Fabian Pollitzer, Hptm MMag. Albin Rentenberger, MjrdIntD Dr. Matthias Schmidl, HptmdhmtD Dr. Markus Swittalek, Mjr Paul Varga MSc

Verantwortlicher: Olt Dr. Bernhard Egger; sekretariat@ogwien.at

Produktion: MetroCom Marketing/Michael Thomas

Fotos: Coverfoto: Bundesheer; OG-Wien-Archiv, Schmidt/ÖBH, H. Minich, MilKdo Wien, P. Lechner, HBF/PräsKzl, Bundesheer/Robert Gießauf, Bundesheer/Carina Karlovits **Druck:** Druckwelten **Vertragsnummer:** 02Z03290M **Abonnementpreis: EUR 12,- p.a.**

Militärische Führung neu organisiert

So wie sehr viele Regierungsprogramme bisher fordert auch das aktuelle Regierungsprogramm die „Erarbeitung von Effizienzsteigerungsmöglichkeiten und Kostensenkungspotenzialen außerhalb der Truppe".

Rudolf Striedinger, GenMjr

Davon ausgehend, dass mit „Truppe" die Leistungsträger des ÖBH gemeint sind, nämlich die Brigaden, die die Kräfte für die Einsätze des ÖBH im In- und Ausland vorbereiten und bereitstellen, die Militärkommanden, die die Inlandseinsätze führen, und sonstige Truppen und Dienststellen, die unmittelbar für die Leistung des ÖBH beitragen, können daher die Zentralstelle des BMLV und die obere militärische Führung, das Streitkräftekommando und das Kommando Streitkräftebasis, als jene Organisation angesprochen werden, die im Fokus dieser Betrachtung stehen.

Nach umfangreichen Bearbeitungen und Befassung der wesentlichen Entscheidungsträger und Stakeholder für die militärische Landesverteidigung wurden Mitte Juni 2021 die Öffentlichkeit, die Betroffenen und die Personalvertretung über das Vorhaben einer Neuordnung der Zentralstelle und der oberen militärischen Führung informiert. Diese Neuordnung wurde schließlich mit 1. Juli 2021 in Kraft gesetzt; die Verwaltung und eher zivilen Bearbeitungen in der Zentralstelle und die militärische Planung und Führung funktionieren seither in neuen Bahnen.

Grundpfeiler organisatorischer Veränderungen

Grundpfeiler der organisatorischen Veränderungen sind zwei Prinzipien, die einen wesentlichen Unterschied zur bisherigen Struktur darstellen: Es soll einerseits über der Ebene der Brigaden, Militärkommanden und sonstigen nachgeordneten Dienststellen eine Angelegenheit nur mehr einmal wahrgenommen werden (und nicht so wie bisher teilweise mehrfach). Andererseits soll die militärische Führung des ÖBH nicht mehr aus der Zentralstelle heraus erfolgen, denn die Abläufe einer Zentralstelle eignen sich nicht für das Führen nach militärischen Verfahren und Grundsätzen.

In der Zentralstelle verbleiben daher neben dem Kabinett und Generalsekretariat in einer Generaldirektion für Verteidigungspolitik die drei Aufgabenfelder Recht, Verteidigungspolitik & internationale Beziehungen und Kommunikation. In der Präsidialdirektion werden die Aufgabenfelder Personal (einschließlich Organisation) und Präsidiale Angelegenheiten (einschließlich Budget) wahrgenommen. Ergänzt wird die Zentralstelle durch die Direktion Revision und Disziplinar- und Beschwerdewesen.

Militärische Führung des Ressorts an ÖBH-Spitze

Die militärische Führung des Ressorts wird an die Spitze des ÖBH gestellt. Der Chef des Generalstabes (ChGStb) ist somit der oberste militärische

Kommandant des ÖBH und führt die sogenannte Generaldirektion für Landesverteidigung (GDLV). Die GDLV besteht aus insgesamt 9 Direktionen und der Generalstabsabteilung. Zusätzlich sind dem ChGStb die beiden nachrichtendienstlichen Ämter unterstellt.

In der Direktion Fähigkeiten- und Grundsatzplanung wird die militärstrategische Planung, die Strukturplanung und die Evaluierung wahrgenommen. Die Direktion 1 Einsatz führt die Landstreitkräfte und Spezialeinsatzkräfte des ÖBH und führt damit im Wesentlichen alle Inlands- und Auslandseinsätze des Bundesheeres. Die Direktion 2 Luftstreitkräfte führt die Luftstreitkräfte des ÖBH. Die Direktion 3 Ausbildung plant und steuert die Ausbildung im ÖBH und führt die Akademien. Die Direktion 4 Logistik plant und steuert die Logistik im ÖBH und führt die Logistiktruppen. Die Direktion 5 Beschaffung betreibt das Management komplexer Systeme im Zusammenhang mit der Beschaffung von Waffensysteme, Ausrüstung und Ausstattung. Die Direktion 6 IKT und Cyber plant und steuert den Bereich IKT und Cyber im ÖBH und führt die Führungsunterstützungstruppen. Die Direktion 7 Infrastruktur plant und steuert das Immobilienmanagement des ÖBH. Die Direktion 8 Militärisches Gesundheitswesen plant und steuert diesen Bereich und führt die Sanitätstruppen.

Die grundsätzliche Weiterentwicklung des ÖBH wird von der Direktion Fähigkeiten- und Grundsatzplanung mit dem Prozess „Streitkräfte entwickeln“ unter Einbindung aller anderen Bereiche der GDLV, aber auch der GDVPol, gesteuert, mit dem Ziel, die Entwicklungslinien des ÖBH zu koordinieren und darauf abgestimmt unter anderem die Vorgaben für eine zielgerichtete Beschaffung zu erteilen.

Dem gegenüber führt die Direktion 1 Einsatz mit dem Prozess „Streitkräfte einsetzen“ alle Einsätze des ÖBH im In- und Ausland und wird dabei durch alle beitragsleistenden Direktionen entsprechend unterstützt. Das Zentrum der Koordinierung dieser Einsätze liegt in Graz. Lediglich reinrassige Einsätze der Luftstreitkräfte werden direkt von der Direktion 2 aus Salzburg geführt, wie z.B. Luftraumsicherungsoperationen.

Da die Kernkompetenz des Ressorts die Militärische Landesverteidigung ist und die Zentralstelle das Hilfsorgan der Frau Bundesministerin darstellt, ist der Chef des Generalstabes quasi mit einem „zweiten Hut“ auch in der Zentralstelle angesiedelt. Von dort nimmt er die oberste Beratung der Frau Bundesministerin in allen militärischen Angelegenheiten wahr.

Veränderungen im Personal- und Budgetbereich

Deutliche Veränderungen wird es auch im Personal- und Budgetbereich geben. Während durch das Zusammenführen der bisherigen drei Dienstbehörden in eine einzige Dienstbehörde erhebliche Synergien erwartet werden können und die Personalverwaltung spürbar beschleunigt werden soll, wird auf möglichst dezentraler Ebene die Kommandantenverantwortung durch Zuordnung der Personalhoheit und einer verstärkten Budgetverantwortung gestärkt.

Eine derzeit mit 15 Prozent angesetzte Kürzung der bisherigen Personalressourcen der Zentralstelle und der Kommanden der oberen Führung soll einerseits zu einer Beschleunigung der Prozesse und Verfahren durch Konzentration auf die wesentlichen Aufgabenfelder führen. Andererseits soll es zu einer tatsächlichen Stärkung der Truppe kommen. Denn es wird dadurch der Sogeffekt von der Truppe in die zentralen Stellen reduziert, darüber hinaus werden die damit freiwerdenden Planstellen der Truppe zur weiteren Befüllung ihrer Organisation zur Verfügung gestellt.

Ein straffer Zeitplan soll die Überleitungsphase, in der wir uns derzeit befinden, möglichst kurzhalten. Zielsetzung ist, dass mit Jahresende 2021 die wesentlichen organisatorischen Bearbeitungen einschließlich der Bewertung der Arbeitsplätze durch das BMKÖS abgeschlossen sind, sodass die neue Organisation auch tatsächlich im Frühjahr 2022 eingenommen werden kann. Den Abschluss der Überleitung bilden die Bereinigung der Dienstbehördenstruktur im Laufe des Jahres 2022 und die Einnahme der angepassten Budgetstruktur mit Jänner 2023.

Wenn man wirklich etwas verändern will, dann helfen nicht kleine Anpassungsschritte, dann muss man das System von Grund auf verändern. Und mit dem beschriebenen eingeleiteten Prozess besteht die Hoffnung, wesentliche positive Effekte für das gesamte Ressort, insbesondere aber für das Österreichische Bundesheer zu erzielen.

Innenminister Karl Nehammer zu Gast bei der OG-Wien

Am 22. Juni 2021 hielt der Bundesminister für Inneres Karl Nehammer einen hochinteressanten exklusiven Online-Vortrag zur aktuellen Sicherheitslage samt anschließender Diskussion vor rund 70 Mitgliedern der OG-Wien. Der Artikel gibt das Gespräch vom 22. Juni wieder – die politischen Entwicklungen seither sind im Artikel daher nicht berücksichtigt.

Bernhard Egger, Olt

Bundesminister Nehammer, der bekanntlich auch selbst mehrere Jahre Zeitsoldat war und Oberleutnant der Reserve ist, gab interessante Einblicke in seine Tätigkeit als Innenminister seit Amtsantritt im Jänner 2020, kurz vor Beginn der Corona-Krise. Hier gab es gleich zu Beginn im Februar 2020 ein intensives Zusammenwirken mit dem BMLV, um einen Cyberspionageangriff auf das Aussenministerium abzuwehren. Schon wenig später folgte die Migrationskrise an der EU-Aussengrenze zur Türkei. Gewaltbereite Migranten wollten den Grenzzaun zu Griechenland erstürmen. Zur Unterstützung hatte Österreich eine Einheit der Cobra sowie 3 Drohnen-Operatoren innerhalb von 72 Stunden an die griechisch-türkische Grenze geschickt. Provokationen durch türkische Sicherheitskräfte konnten, auch durch die Anwesenheit der österreichischen Kräfte, minimiert werden. Der Einsatz hat einerseits die Kameradschaft zwischen den österreichischen und griechischen Polizisten gestärkt, andererseits aber auch das Ansehen Österreichs in Griechenland massiv gesteigert. Die derzeitige Lage ist dort stabil, es gibt wenige Anlandungen an den griechischen Inseln. In diesem Zusammenhang betonte der Herr Minister auch die Wichtigkeit des sogen. EU-Atlas-Verbands, in dessen Rahmen regelmäßige Übungen durchgeführt werden.

Im März 2020 stellte die Corona-Pandemie auch die Polizei vor völlig neue Herausforderungen, mit Neuerungen wie z.B. der Kontrolle der Einhaltung der Mindestabstände nach den Covid-Verordnungen oder der Einhaltung der Quarantäne-Bestimmungen. Auch gab es eine Veränderung der Kriminalität. Einbrüche gingen zurück, dafür haben Erpressungs- und Betrugsdelikte im Internet zugenommen. In der Endphase der Lockdowns kamen dann auch die Corona-Demonstrationen hinzu. Bei den Demonstranten zeigte sich, dass es eine sehr heterogene Zusammensetzung gab, wobei sich auch Rechtsextreme unter den Demonstranten befanden.

Kurz vor dem zweiten Lockdown Anfang November 2020 passierte dann der schreckliche Terroranschlag in der Wiener Innenstadt. Herr Nehammer bezeichnete insbesondere ein Gespräch mit Angehörigen eines Opfers als prägend für den Rest seines Lebens.

Zu sprechen kam Herr Nehammer aber auch auf die rechtsextreme Szene in Österreich, die viele Waffen horte. Es gab z.B. einen Waffenfund mit vollautomatischen Waffen sowie eine Million Schuss Munition, die im Zuge einer Drogenrazzia beschlagnahmt wurden. Der Minister verwies hier auf die angespannte Situation in Deutschland im Zusammenhang mit einer gewaltbereiten rechtsextremen Szene; man müsse hier wachsam sein, dass Österreich nicht zeitversetzt nachziehe. Auch sei der Verfassungsschutz hier aktiv, um eine mögliche Terrorgefahr auch von rechts im Auge zu behalten.

Nach dem Eingangsstatement nahm sich der Minister noch Zeit, die Fragen der Mitglieder zu beantworten. So sei die Zusammenarbeit mit dem Bundesheer exzellent. Um das Instrument der Assistenzeinsätze würden uns viele Nationen beneiden. Der Minister anerkannte, dass das Bundesheer insbesondere in der Corona-Krise sehr viel geleistet hat, es gab Unterstützungsleistungen in unglaublichem Ausmaß.

In Bezug auf die EU-Sicherheitspolitik im Inneren betonte der Minister die Notwendig-

keit der verstärkten Zusammenarbeit der Institutionen. Europol unterstütze auch die nationalen Sicherheitskräfte. Die Kooperationen werden hier weiter ausgebaut, insbesondere wolle man Frontex als ersten eigenständigen Wachkörper der EU unterstützen.

Eine Absage erteilte der Minister Gerüchten, dass langfristig einmal ein vereintes BMI/BMLV als Sicherheitsministerium entstehen könnte; das sei schon verfassungsrechtlich gar nicht möglich. Darüber hinaus sei es auch nicht sonnvoll. Die Aufgabenbereiche von Militär und Polizei seien sehr unterschiedlich, auch wenn beide Ministerien bei hybriden Bedrohungen gefordert seien. Aber auch hier sei eine Trennung zwischen äußerer und innerer Sicherheit wichtig. In einem militärischen Einsatz sei das Einsatzspektrum ein völlig anderes, als von Polizistinnen und Polizisten im Polizeialltag gefordert.

Als eines der wesentlichen Zukunftsthemen machte der Minister das Thema Migration aus, neben der fortbestehenden Corona-Lage. Es seien die richtigen Lehren aus der Migrationskise 2015 zu ziehen. Der Schutz der EU-Außengrenze in Kooperation mit den Westbalkanstaaten und auch der eigene Grenzschutz seien enorm wichtig. Österreich geht hier neue Lösungswege, im letzten Jahr wurde eine Plattform gegen illegale Migration (JCP) ins Leben gerufen, über die die Westbalkan-Staaten und EU-Staaten die Einsätze und Zusammenarbeit koordinieren. So unterstützt Österreich Serbien und Mazedonien mit Polizisten vor Ort – wenn auch Migration nicht allein polizeilich zu lösen sei. Nordmazedonien ist damit aufgefordert, seine Grenzen noch besser zu schützen. Als Beispiel der Wirkung von problematischen Pull-Faktoren auf EU-Ebene nannte der Minister, dass derzeit (Stand Juni!) rund 1200 zumeist junge Pakistani in Bosnien an der kroatischen Grenze ausharren. Ein anderer Bereich beim Thema Migration sei Nordafrika. Hier müsse man an zwei Schrauben drehen, zum einen Fluchtursachen bekämpfen – hier müsse auch die EU-Kommission stärker werden und mehr Initiativen setzen. Zum anderen muss man den Schleppern das Handwerk legen und den Aussengrenzschutz sicherstellen. In diesem Zusammenhang übte der Minister auch Kritik an der EU-Kommission, die nur über die Verteilungsfrage von Migranten diskutieren will, obwohl Österreich im Verhältnis zur Landesgröße ohnedies schon sehr viele Migranten aufgenommen habe. Österreich habe zudem in der EU die dritthöchste Rate an positiv beschiedenen Asylanträgen. Auch aus diesem Grund wird die immer wieder angezettelte Verteilungsdiskussion der Kommission von der Bundesregierung kritisch gesehen. Die EU-Kommission sollte hier mehr das Einende vor das Trennende stellen und einen stärkeren Fokus auf einen effektiven Grenzschutz, schnellere Verfahren und Rückführungen legen. Dazu braucht es mehr Abkommen mit Drittstaaten und endlich auch eine klare Trennung zwischen wirklichen Flüchtlingen und Migranten. Das bestehende europäische Asylsystem ist gescheitert. Man muss mehr sichere Drittstaaten in den Prozess miteinbeziehen, sodass es nicht mehr sein muss, dass ein Afghane bei uns einen Asylantrag stellt. Je nach Route durchquert er ja schon 10 sichere Staaten, in denen er nicht mehr verfolgt wird. Sobald er einen dieser Staaten verlässt, ohne einen Asylantrag zu stellen, ist er nicht mehr Flüchtling, sondern Migrant. Es gibt keinen Grund für einen Afghanen in Österreich einen Asylantrag zu stellen, das sehe auch die Genfer Flüchtlingskonvention nicht vor. Und man muss auch mit der Macht des EU-Wirtschaftsraumes agieren, um Abkommen mit Drittstaaten abzuschließen. Es muss eine Win-win-Situation geben für Staaten, die mit der EU kooperieren.

Interessant waren auch die Ausführungen zu den „Lessons learned“ in Nachgang zum Terroranschlag vom 2. November. So sei die Aufteilung zwischen Nachrichtendienst und Staatspolizei inkl. polizeilicher Ermittlung wichtig. Ein entsprechender Gesetzesentwurf liege bereits im Parlament (Anm. ist mittlerweile beschlossen). Auf der operativen Ebene habe sich aber bereits viel getan. Hervorzuheben sei laut Innenminister das Verhalten der am Einsatz beteiligten Kolleginnen und Kollegen. So hätten Streifenpolizisten den Täter innerhalb von 3 Minuten gestellt und den Feuerkampf aufgenommen. Innerhalb von wenigen weiteren Minuten sei der Täter dann von der WEGA ausgeschaltet worden, weil auch die WEGA als Streifendienst durch Wien patrouliert und damit besonders rasch an Einsatzorten sein kann. Aber: Die Anti-Terroreinheiten müssten noch mobiler werden. Der Radikalismus sei eine vielfältige Bedrohungslage. Der Terrorist vom 2. November war kein Foreign Fighter, der als Asylant nach Österreich gekommen ist, sondern ein Doppelstaatsbürger, der in Österreich aufgewachsen ist und seine Eltern waren bzw. sind gut integriert. Man sei hier auch im Austausch mit EU-Ländern, die mit solchen Bedrohungslagen noch mehr Erfahrung haben, wie z.B. Frankreich.

Abschließend ist zu sagen, dass der Vortrag von Bundesminister Nehammer ein voller Erfolg war und wir viele positive Rückmeldungen aus dem Mitgliederbereich erhalten haben. Es ist auch ein Zeichen der besonderen Wertschätzung des Herrn Bundesministers gegenüber dem Offizierskorps des Bundesheeres, dass er sich viel Zeit für die Diskussion und den Vortrag genommen hat.

Machtwechsel in Afghanistan: Geopolitische Auswirkungen*

Der Abzug der westlichen Truppen auf Afghanistan nach dem DOHA-Abkommen vom Februar 2020 hat den Weg für eine Offensive der Taliban-Rebellen freigemacht, die den schnellen Zusammenbruch der prowestlichen Regierung unter Ashraf Ghani zur Folge hatte.

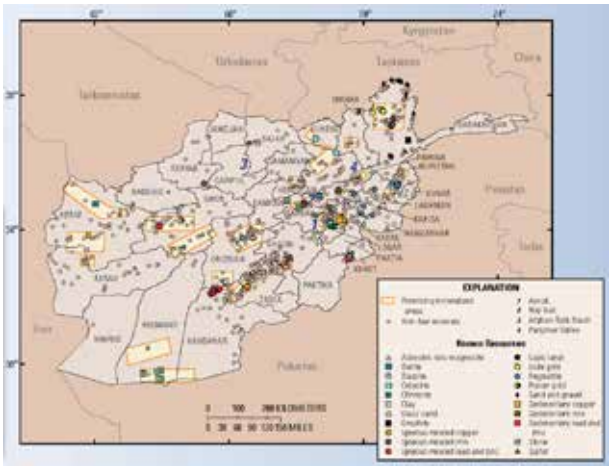
Thomas Brandtner, Brüssel

Viele politische Akteure und Kommentatoren brachten ihre Überraschung und Bestürzung über diese Entwicklung zum Ausdruck. Doch in den letzten Wochen ist eine Fülle von Informationen ans Licht gekommen, die den Schluss nahelegen, dass die von der UN unterstützte westliche Militärintervention schon seit Jahren ohne jegliche Erfolgsperspektive war. Für den Rückzug gilt daher wahrscheinlich das Wort: „Besser ein Ende mit Schrecken als Schrecken ohne Ende". Der Schrecken ist für viele betroffene Afghaninnen und Afghanen jetzt allerdings eine beklemmende Tatsache ihres täglichen Lebens.

Die USA und ihre Verbündeten wurden natürlich nicht durch die Taliban „besiegt", nur haben sie schon lange erkannt, dass die geopolitische Bedeutung Afghanistans den Einsatz nicht wert ist. Mit der schrittweisen Festigung der russisch-chinesisch-iranischen Allianz und der Unterstützung der Taliban durch Pakistan wurde Afghanistan für den Westen auch immer mehr zu einer strategisch sinnlosen, aber gefährlichen Position.

Afghanistan war für den Westen niemals ein brauchbarer strategischer Brückenkopf. Das Land ist aufgrund seiner schwierigen Geländebedingungen und seines unzureichend entwickelten Wegenetzes heute keineswegs jene Verkehrsdrehscheibe in der Region, die es zur Zeit der alten Seidenstraße mit ihrem Karawanenhandel war. Selbst die relativ zahlreichen und modernen Flughäfen lassen sich wegen der ständigen Sicherheitsbedrohung nicht effektiv als Basen strategischer Luftmacht nutzen. Das Land ist bitter arm, und die Erschließung seiner an sich reichen Vorkommen an Bodenschätzen (insbesondere des strategisch wichtigen Lithiums) bleibt so lange praktisch unmöglich, als eine permanente Sicherheitsbedrohung besteht. Afghanistan ist ethnisch und religiös zersplittert, was dem Aufbau eines einheitlichen Staates größte Schwierigkeiten entgegensetzt. Politisch ist es eine Stammesgesellschaft, die bisher durch ein instabiles Gleichgewicht zwischen einzelnen durch militärische Tapferkeit legitimierten Führerfiguren überlagert wurde, die alle in einem wechselhaften Rivalitäts- und Klientelverhältnis zur Zentralregierung und zur Besatzungsmacht standen. Diese „War Lords", also Führer paramilitärischer Banden, verteidigten ihre

**Der Artikel stützt sich ausschließlich auf öffentlich verfügbare Informationsquellen.*



zumeist illegalen ökonomischen Interessen durch taktische Bündnisse und Waffengewalt und teilten das Land unter sich auf. Ihre gegenwärtige Marginalisierung durch die Taliban stellt wohl das für die Bevölkerung positivste Resultat des gegenwärtigen Umbruchs dar. Die Taliban sind derzeit die einzige tragfähige und einigermaßen stammesübergreifende (wenn auch vom Mehrheitsvolk der Pashtunen dominierte) politisch-religiöse Bewegung des Landes, die ja auch genau zum Zweck der Einigung Afghanistans vom pakistanischen Geheimdienst Interservice Intelligence (ISI) unterstützt (manche Beobachter sagen sogar: gegründet) wurde. Den darüber bestens informierten Amerikanern und ihren Verbündeten wurde schon bald klar, dass ein befriedigendes Ende der Militärintervention eine Friedenslösung mit den Taliban zur Voraussetzung hatte. Die amerikanische Politik hatte bereits unter Präsident Barack Obama ab 2011 ihre strategische Orientierung geändert und eine friedliche Einigung mit den Taliban angestrebt, die schließlich unter dem Mandat von Präsident Donald Trump im Abkommen von Doha vom 29. Februar 2020 zustande gekommen ist. Präsident Biden hat die Politik seiner beiden Vorgänger in diesem Punkt fortgesetzt, und es fällt bei realistischer Beurteilung der Lage schwer, ihn für die Entscheidung zum Rückzug zu kritisieren. Sie bedeutete aber natürlich, sowohl die prowestliche Regierung in Kabul als auch die mit dem Westen verbündeten Kriegsherren der „Nordallianz" fallen zu lassen, die 2001 die Hauptlast in den Bodenoperationen zur Eroberung des Landes getragen hatten. Dies wurde mit der für die amerikanische Außenpolitik charakteristischen Kaltblütigkeit in die Tat umgesetzt.

Geopolitische Auswirkungen des Machtwechsels in Kabul

Die geopolitischen Auswirkungen des Machtwechsels in Kabul scheinen zunächst von begrenztem Ausmaß zu sein: Unter den Nachbarstaaten ist Pakistan als alte Schutzmacht der Taliban ein klarer Gewinner (und erhält für seine Politik Unterstützung aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten). Der Iran versucht, seine eigenen Anhänger in Afghanistan in Positionen einer neuen Regierung zu bringen. Russland und China sind mit unverkennbarer Schadenfreude dabei, maximales psychologisches Kapital aus der Demütigung des Westens zu schlagen. Darüber hinaus aber versuchen beide Mächte, in der Region eher konstruktiv und stabilisierend zu wirken und mit der neuen Regierung ins Geschäft zu kommen. Für Russland bedeutet dies einen schwierigen Balanceakt, weil es seine guten Beziehungen zu Indien nicht gefährden will, gleichzeitig aber den großen Einfluss Pakistans auf die Taliban zu seinem Vorteil nutzen möchte.

Indien, das in den letzten Jahren drei Milliarden Dollar in Afghanistan investiert hat, steht gegenwärtig als Verlierer da, versucht aber, seine Interessen so gut wie möglich zu schützen. Die erste Taliban-Regierung von 1996 bis 2001 hat anti-indische islamische Organisationen wie Jaish-e-Mohammed (JeM) und Lashkar-e-Taiba (LeT) unterstützt, die für Terroranschläge in Kashmir verantwortlich sind, wo seit Jahren eine bewaffnete islamische Rebellion gegen die indische Herrschaft im Gange ist.

Den zentralasiatischen Nachbarn Turkmenistan, Uzbekistan und Tadjikistan ist es vor allem ein Anliegen, nicht von den Unruhen in Afghanistan erfasst zu werden, größere Flüchtlingswellen abzuweisen und eine Ausweitung des Drogenhandels zu unterbinden. Gegen die Taliban herrscht Misstrauen, da befürchtet wird, dass sie in den Nachbarstaaten islamistische Aufstände unterstützen könnten. Bei der Eindämmung von Drogenhandel und Terrorismus in Zentralasien hat Russland seit Jahren stabilisierend gewirkt, sodass die Krise von 2021 wahrscheinlich zur Festigung der

von Russland geförderten Sicherheitsarchitektur in Zentralasien (der Organisation des Vertrages für Kollektive Sicherheit, OVKS) beitragen wird. Russland unterhält die 201. Division in Tadjikistan und die Luftbasis Kant in Kyrghizstan. China und Russland haben auch Unterstützung durch die Shanghaier Organisation für gegenseitige Zusammenarbeit geleistet. Die USA wiederum haben für alle drei Länder Wirtschafts- und Militärhilfe geleistet und ihre Bemühungen um Integration in den internationalen Handel unterstützt. An der „multivektoriellen" Balancepolitik der zentralasiatischen Republiken zwischen den drei Weltmächten dürfte sich also nichts Wesentliches ändern.

In den USA sieht sich Präsident Biden scharfer Kritik ausgesetzt, wobei die Berichterstattung in den Medien zu starken Übertreibungen neigt. Es liegt nun durchaus im Bereich des Möglichen, dass durch die innenpolitische Auseinandersetzung nicht nur seine Präsidentschaft, sondern auch das internationale Ansehen der USA in Mitleidenschaft gezogen wird. Freilich sollte man nicht übersehen, dass die USA in Afghanistan keine militärische Niederlage erlitten haben und ihr überwältigendes Machtpotenzial nach wie vor intakt ist. Die innenpolitische Debatte dürfte an Intensität in dem Maß abnehmen, in dem die objektiv geringe geopolitische Bedeutung Afghanistans breiteren amerikanischen Bevölkerungsschichten zu Bewusstsein kommt. Was bleiben wird, ist eine gewisse Bitterkeit über eine kostspielige und langwierige Militäraktion ohne erkennbares Ziel und mit ruhmlosem Ende.

In Europa sind die Ereignisse in Afghanistan mitten in den deutschen Bundestagswahlkampf und in den beginnenden Wahlkampf in Frankreich geplatzt. Die umstrittene Entscheidung des französischen Präsidenten Macron, die Militäroperation „Barkhane" in Mali auslaufen zu lassen, wird zwar nur zu einer geringen Verringerung der französischen Militärpräsenz in der Sahel-Zone führen, hat aber bereits zu unbegründeten Vergleichen mit dem Rückzug aus Afghanistan Anlass gegeben. Von einem westlichen Rückzug aus Mali oder aus der gesamten Sahel-Zone kann gar nicht die Rede sein. Die Regierung in Mali bemüht sich aber nach Medienberichten bereits um zusätzlichen Schutz in Form von „Private Military Contractors" aus Russland.

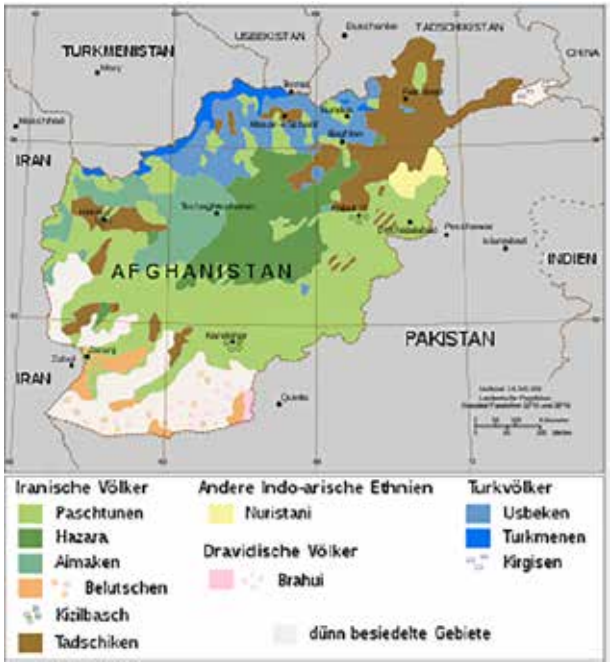
In Deutschland wurden zunächst mögliche Versäumnisse der Minister Maas und Kramp-Karrenbauer breit diskutiert. Inzwischen wird sich die Öffentlichkeit langsam darüber klar, dass ihr großer transatlantischer Alliierter über 30.000 Afghanen auf der Luftbasis Ramstein in Notunterkünften untergebracht hat und bisher keine Anstalten trifft, sie in die USA zu transferieren.

Afghanistan war primär eine Operation der USA und der NATO, in der die EU nur eine - durchaus ehrenhafte - humanitäre Nebenrolle gespielt hat.

Die relative Stärke des Europäischen Parlaments im Vergleich zur politischen Bedeutungslosigkeit der Nordatlantischen Parlamentarischen Versammlung bringt es aber mit sich, dass die europäische Debatte über Ursachen und Verantwortlichkeiten im Afghanistan-Einsatz nun vornehmlich in der EU geführt wird. Dies hat auch die Europäische Kommission veranlasst, die Diskussion über ein stärkeres Profil der EU in der Sicherheitspolitik und die mögliche Aufstellung einer EU-Krisenreaktionstruppe wieder aufzunehmen. In ihrer Rede zur Lage der Union am 15. September hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wieder einmal klargemacht, dass die Partnerschaft mit den USA und die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen EU und NATO im Zentrum ihrer geopolitischen Konzeption stehen. Zu Afghanistan betonte sie die Solidarität der Union mit dem afghanischen Volk, ihr Eintreten für die Rechte der Frauen und Minderheiten, und kündigte humanitäre Soforthilfe in Höhe von 100 Millionen Euro an. Außerdem wird die Kommission ein größeres Unterstützungspaket für Afghanistan ausarbeiten.

Gegenwärtige Lage und Ausblick

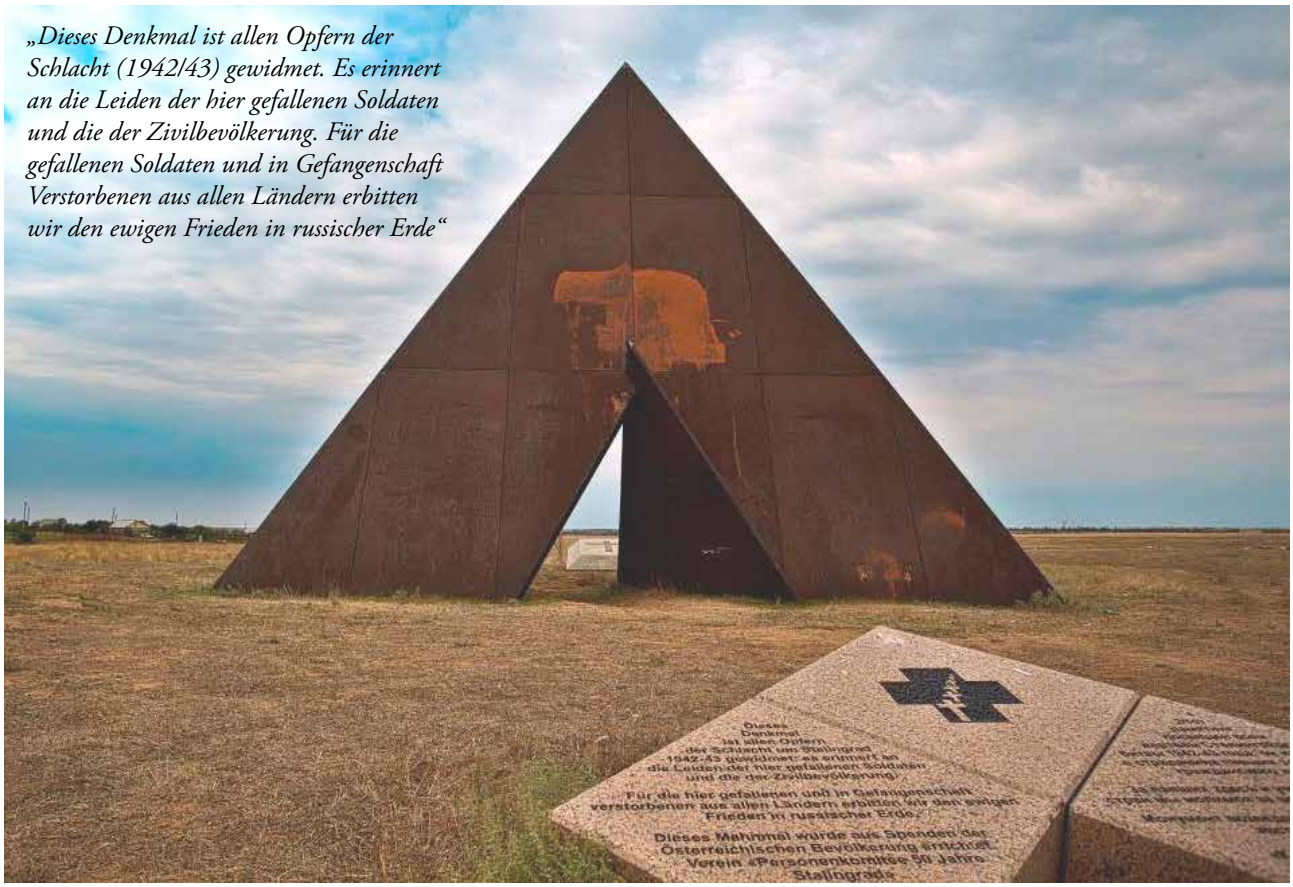
Nach der Etablierung der Taliban-Übergangsregierung in Kabul und der raschen Niederschlagung eines Widerstandsversuches durch Ahmed Massoud, den Sohn von Ahmed Shah Massoud, des 2001 durch Al Qaeda-Terroristen ermordeten „Löwen des Pandschir-Tales“, herrscht im Land derzeit gespannte Ruhe. Massoud und anderen wichtigen Politikern und Warlords ist es gelungen, sich der Festnahme durch die Taliban zu entziehen, es ist aber noch nicht abzusehen, ob sie im zukünftigen afghanischen Staat eine Rolle spielen werden.



Unter den gegenwärtigen Umständen ist als wahrscheinlichste Entwicklung eine vorläufige Stabilisierung des Islamischen Emirats anzunehmen, das von den Weltmächten und der internationalen Staatengemeinschaft zwar vielleicht noch lange nicht offiziell anerkannt, aber faktisch toleriert und sogar vorsichtig unterstützt werden wird, um eine humanitäre Katastrophe und den Ausbruch völliger Anarchie zu vermeiden. Dies dürfte auch die Strategie für die USA und ihrer Alliierten darstellen, um einen gewissen mäßigenden Einfluss auf die Entwicklungen im Land zu behalten.

Ein Alternativszenario, der Ausbruch eines neuen Bürgerkrieges zwischen den Taliban und vom Ausland unterstützten Stämmen, Politikern oder War Lords, ist nicht auszuschließen, falls sich die Taliban durch politischen Extremismus unmöglich machen. Eine solche Entwicklung würde jedoch das Chaos im Land perpetuieren und internationalen Terroristen die besten Möglichkeiten eröffnen, im Trüben zu fischen. Internationale islamistische Djihadisten sind im Land präsent, scheinen aber gegenwärtig nicht besonders stark zu sein. Die Taliban haben ihre Unterstützung für Al Qaeda niemals aufgegeben, und die im Land verbliebenen Kämpfer der Al Qaeda haben den zwanzigjährigen Guerillakrieg gegen den Westen an der Seite der Taliban ausgefochten. Das Haqqani-Netzwerk, eine sunnitische Guerillaorganisation mit politischer Basis im Stamm der Zadran und Basen in Waziristan (Nordpakistan) ist mit den Taliban eng verflochten. Diese beiden Organisationen unterstützen das Taliban-Regime und seine bisherige Strategie der außenpolitischen Mäßigung, stellen daher keine unmittelbare terroristische Bedrohung dar. Der Islamische Staat Khorasan (ISIS-K), der für den mörderischen Terroranschlag auf den Flughafen von Kabul verantwortlich ist, möchte den Djihad fortsetzen und bekämpft die Taliban als Abweichler vom islamischen Weg. ISIS-K ist jedoch nur ein Faktor von lokaler Bedeutung in den an Pakistan grenzenden Provinzen Nangahar und Kunar, mit etwa 4.000 – 5.000 Mitgliedern.

Nach Angaben hoher amerikanischer Sicherheitsbeamter wird sich die westliche Anti-Terror-Strategie in Afghanistan einerseits auf eine begrenzte Kooperation mit der Taliban-Regierung, andererseits auf die Drohung mit Drohnenschlägen und Kommandoaktionen gegen erkannte terroristische Bedrohungen stützen.



„Dieses Denkmal ist allen Opfern der Schlacht (1942/43) gewidmet. Es erinnert an die Leiden der hier gefallenen Soldaten und die der Zivilbevölkerung. Für die gefallenen Soldaten und in Gefangenschaft Verstorbenen aus allen Ländern erbitten wir den ewigen Frieden in russischer Erde“

Sergey Ground - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=39632619

25 Jahre Österreichisches Stalingrad-Mahnmahl in Wolgograd

Die Errichtung des Mahnmals ist eine österreichische Initiative der Erinnerung, Versöhnung und Völkerfreundschaft, die es auch 25 Jahre nach Einweihung verdient, ins Gedächtnis gerufen zu werden.

Albert Jerabek, Obst a.D.

Am 8. Juni 1996 wurde in Pestschanka bei Wolgograd das österreichische Mahnmal zum Gedenken an alle gefallenen Soldaten und verstorbenen Zivilisten der Schlacht von Stalingrad eingeweiht, unter Anwesenheit zahlreicher österreichischer Vertreter und Soldaten des Gardebataillons (insg. mehr als 1000 Personen, die mit Sondermaschinen der Aeroflot von Wien und Graz nach Wolgograd flogen). Ich habe kurz danach einen Reisebericht verfasst, der nach 25 Jahren an dieses denkwürdige Unternehmen erinnern soll. Die Errichtung des Mahnmals ist eine österreichische Initiative der Erinnerung, Versöhnung und Völkerfreundschaft, die es auch 25 Jahre nach Einweihung verdient, ins Gedächtnis gerufen zu werden. Diese Frage wird jedes Jahr wieder gestellt, nun von den Kindern, von den Enkeln und Urenkeln der Opfer. Ein nicht endenwollendes suchendes Fragen, denn im Jänner 1943 erfüllte sich endgültig das grausame Schicksal der 6. Armee der deutschen Wehrmacht in Stalingrad und mit ihr in zahlenmäßig noch größerem Umfang jenes der Soldaten der Roten Armee und der Bevölkerung Stalingrads. Die größte Schlacht der Weltgeschichte endete mit dem unmittelbaren Verlust von über einer Million Menschenleben und nur bei wenigen Opfern auf beiden Seiten konnte die Frage „Wo sind sie geblieben?“ beantwortet werden. Für uns Österreicher ist Stalingrad ein besonders schmerzliches Symbol für den Opfergang der damaligen Jugend in einem sinnlosen Krieg fern der Heimat. Insbesondere die Landgemeinden Österreichs, aber auch die Stadt Wien mussten unzählige Söhne hergeben, die nie mehr

UNSER**HEER**
EINE INFORMATION DES BMLV
BEILAGE ZUR 3. AUSGABE 2021

Die Durchhaltefähigkeit des Bundesheeres stärken

Großflächige Stromausfälle sind in Österreich glücklicherweise selten – Experten sind sich allerdings sicher: Die Eintrittswahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios steigt! Um im Falle eines sogenannten Blackouts trotzdem handlungsfähig zu bleiben, investiert das Österreichische Bundesheer viel Geld und Know-how in seine **Autarkie** und in die Schaffung **moderner, unabhängiger Sicherheitsinseln.**

Foto: Bundesheer

Auslöser könnten beispielsweise ein Sturm oder andere Großwetterereignisse sein, die Hochspannungsleitungen beschädigen. Aber auch terroristische Attacken, Hackerangriffe, technische Gebrechen und ein hybrid geführter umfangreicher Angriff auf Europa könnten Ursachen für einen großflächigen Ausfall der nationalen und internationalen Stromversorgung sein, die Rede ist dann von einem Blackout.
Gleich mehrere Beispiele aus der Vergangenheit zeigen, dass oft schon Kleinigkeiten das Stromnetz aus der Balance bringen können: 2008 etwa löste in der Schweiz der Fehltritt eines Eichhörnchens einen Kurzschluss und schwarze Bildschirme bei vielen Fernsehzuschauern aus. Aus Sicherheits-

gründen hatte sich infolge des tierischen Missgeschicks ein Transformator in einem Elektrizitätswerk im Norden von Zürich automatisch ausgeschaltet und damit den umliegenden Stadtteil inklusive des Studios Leutschenbach des Schweizer Fernsehens vom Netz genommen. In Deutschland wiederum knickten bereits Jahre zuvor nach heftigen Schneefällen und einem Eisregen zahlreiche Strommasten ein; rund eine Viertelmillion Menschen war teilweise tagelang ohne Elektrizität. Und davor im September 2003 waren es einige morsche Äste, die auf eine 380-Kilovolt-Leitung in der Nähe des Vierwaldstättersees in der Schweiz gefallen waren, und mit Ausnahme von Sardinien praktisch ganz Italien für Stunden vom Netz nahmen.

Auch Österreich schrammte bereits mehrfach nur knapp an einem Blackout vorbei – zuletzt am 9. Jänner 2021, als es infolge einer Störung im rumänischen Stromnetz zu einer massiven Unterdeckung und zu einem Frequenzeinbruch in ganz Mitteleuropa kam. Nur durch die unverzügliche Abschaltung von Großverbrauchern im europäischen Stromnetz konnte ein Szenario verhindert werden, das auch von Bundesheer-Experten als längst überfällig beurteilt wird: In der Sicherheitspolitischen Jahresvorschau 2020 wird die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Blackouts innerhalb der nächsten fünf Jahre sogar mit satten 100 Prozent angegeben!

Was bedeutet diese Prognose aber nun für das Bundesheer? Welche Folgerungen lassen sich daraus ableiten? „Das Fazit kann nur sein, dass wir uns verstärkt und bestmöglich auf derartige Szenarien vorbereiten müssen“, sagt Generalmajor Bruno Hofbauer, Leiter der Direktion Fähigkeiten und Grundsatzplanung im Generalstab des Bundesheeres, im Gespräch mit „Unser Heer“. „Wir werden in solchen Fällen wohl schnell zur Assistenz angefordert werden, die wir aber nur leisten können, wenn wir selbst bereits jetzt dafür die notwendigen Vorkehrungen treffen und die Weichen richtig stellen – und genau das tun wir gerade.“

Erster Schritt, um die Truppe auf derartige Extremszenarien vorzubereiten und im Fall der Fälle handlungsfähig zu halten: Die Autarkie der Kasernen stärken! Durch fehlen-

Experte Generalmajor Bruno Hofbauer ist Leiter der Direktion Fähigkeiten und Grundsatzplanung im Generalstab des Bundesheeres.

Was ist eigentlich ein Blackout?

Nicht immer erzeugen Länder in Europa so viel Strom, wie sie gerade benötigen. Ein Verbundsystem sorgt aber dafür, dass ein auftretender Bedarf stets mit Überschüssen aus anderen Ländern abgedeckt werden kann, eigene Überkapazitäten werden wiederum ins kontinentale Netz abgegeben. Ein komplexes System aus über- sowie untergeordneten Leitungen und Schaltstellen stellt die Verteilung sicher. Auf Basis von Wechselstrom gilt es, Erzeugung und Verbrauch permanent in Balance zu halten. Wird weniger Strom verbraucht als produziert, so steigt die Frequenz über das für die europäische Systemstabilität notwendige Niveau von 50 Hertz. Wird hingegen mehr verbraucht als produziert, so sinkt sie darunter.

Schon bei geringsten Abweichungen sind die Netzbetreiber gefordert: Sie müssen entweder die Leistung von Kraftwerken hoch- oder herunterfahren, einzelne Kraftwerke überhaupt vom Netz nehmen oder schlimmstenfalls gezielt in bestimmten Gebieten vorübergehend den Strom abschalten. Geschieht das nicht, kann es zu einem großflächigen Strom- und Energieausfall kommen – die Rede ist dann von einem sogenannten Blackout.

Die Herausforderungen für das Energiemanagement sind dabei in den letzten Jahren massiv gestiegen. Das System der Vergangenheit war von zentraler konventioneller Erzeugung weniger Großkraftwerke, basierend auf fossiler Energie, geprägt. Heute speisen parallel dazu aber auch Zehntausende Windkraftanlagen und Millionen Photovoltaik-Anlagen ihre volatil erzeugten – und daher nur ungenau zu prognostizierenden – Energiemengen ins Netz.

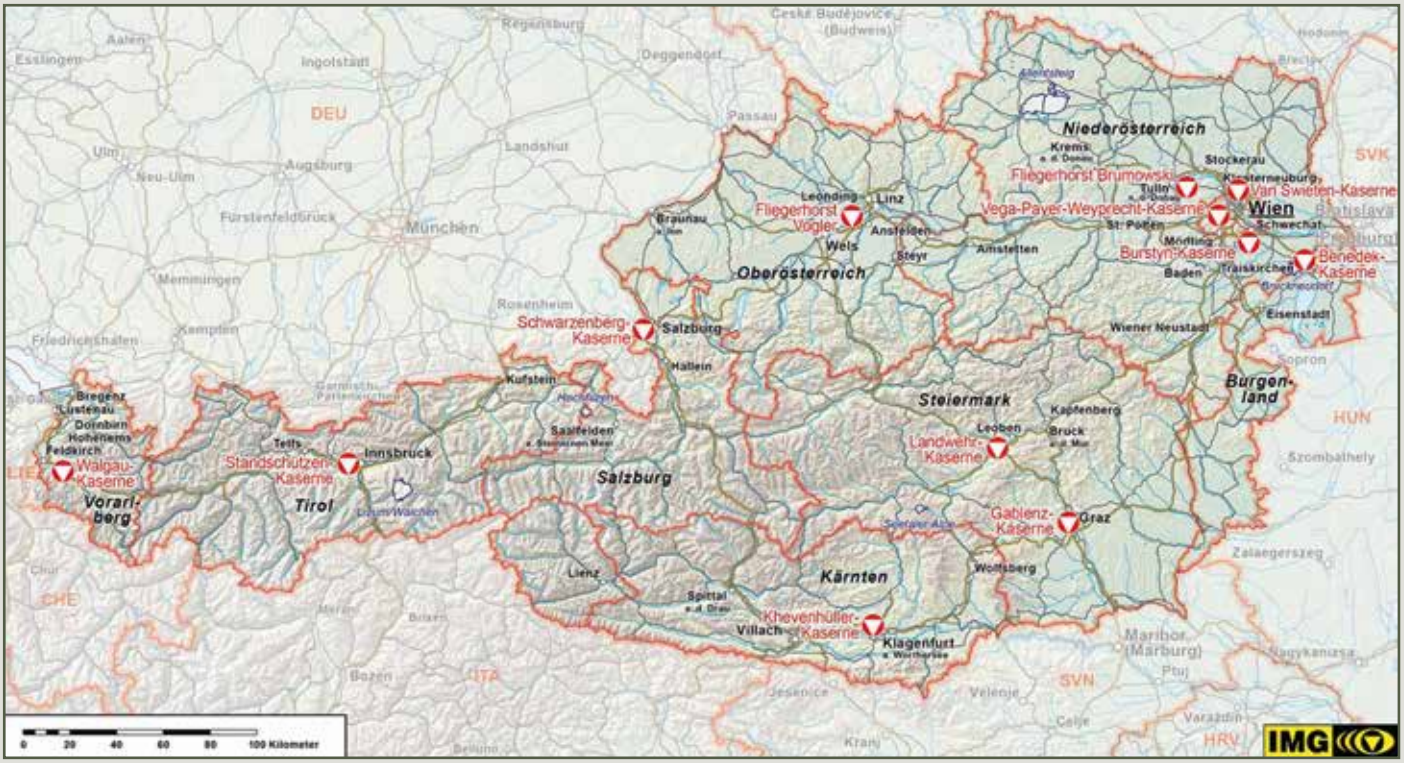
Fotos: Bundesheer/Pusch, Bundesheer/Zwierschitz

Einsatzszenario Bei einem Blackout hilft das Bundesheer und schützt zum Beispiel kritische Infrastruktur. Wichtig ist zudem, dass sich auch jeder Soldat und jede Soldatin in der Familie und im privaten Umfeld bestmöglich auf ein derartiges Szenario vorbereitet.

de Mittel sowie die erfolgte Fokussierung auf andere Schwerpunkte hatte dieser Bereich in den vergangenen Jahrzehnten keine Priorität. Nun werden diese Fähigkeiten mit Investitionen von rund 20 Millionen Euro im Jahr aber wieder hochgefahren. „Bis 2025 werden unsere 100 wichtigsten Liegenschaften so adaptiert, dass sie zumindest eine 14-tägige Autarkie erreichen“, erklärt Generalmajor Hofbauer. „Dabei geht es nicht nur um elektrische Energie, also den Strom, sondern auch um die Wasserversorgung, um den Betrieb der Küchen und der Sanitärbereiche sowie um die Bevorratung von Lebensmitteln. Natürlich müssen auch die Sanitätsversorgung, Heizmöglichkeiten im Winter sowie die militärische Kommunikation beachtet werden.“ Bei Übungen wie zuletzt in der Schwarzenberg-Kaserne in Salzburg und davor bereits in der Maria-Theresien-Kaserne in Wien wurden Fähigkeitslücken identifiziert und systemrelevante Schwachstellen erkannt. Erste Maßnahmen zur Erhöhung der Autarkie der Kasernen konnten bereits umgesetzt werden: Seit heuer wird beispielsweise das Konzept einer „Verpflegsreserve“, einer von Lieferanten unabhängigen Verpflegung, in neun Kasernen des Bundesheeres für 7.800 Personen betrieben. Dabei soll es möglich sein, zwei Wochen ohne tägliche Versorgung aus der zivilen Wirtschaft durchzuhalten; insgesamt ist das in weiterer Konsequenz in 100 Kasernen für bis zu 30.700 Personen geplant.

Parallel dazu werden mit heuer beginnend zwölf Kasernen im gesamten Bundesgebiet (siehe Karte auf der nächsten Seite) zu sogenannten Sicherheitsinseln ausgebaut. In der ersten Stufe sollen diese Sicherheitsinseln eine Selbstversorgung der Truppe für zwei Wochen garantieren. In weiteren Schritten sollen sie darüber hinaus aber auch den Blaulichtorganisationen und nötigenfalls auch Teilen der staatlichen Verwaltung als sichere und von äußeren Einflüssen geschützte Anlaufhäfen in potenziell unsicher gewordenen Regionen des Landes dienen. So soll die staatliche Handlungsfähigkeit in Extremsituationen unterstützt werden – und das nicht nur im Falle eines Blackouts, wie Generalmajor Hofbauer betont: „Diese Sicherheitsinseln könnten auch im Falle regionaler Katastrophen wie Extremschneeereignissen oder bei Terroranschlägen als Einsatzbasen genützt werden und sie kommen natürlich der Truppe auch bei vielen anderen Szenarien bis hin zur militärischen Landesverteidigung zugute.“

Zurück zu einem möglichen Blackout und dessen Folgen, die weit über den Stromausfall hinausreichen: Ein viel größeres Problem sind nämlich die dadurch ausgelösten Folgeereignisse wie beispielsweise Infrastrukturausfälle und weitreichende Versorgungsunterbrechun-



Ausbaupläne Bundesweit werden vorerst zwölf Kasernen zu sogenannten Sicherheitsinseln ausgebaut. Sie sollen im Endausbau dann auch externen Blaulichtorgansiationen als sichere Anlaufhäfen dienen.

gen, die sich verstärken, je länger der Strom wegbleibt, und die nicht nur auf eine Region oder ein Land beschränkt bleiben müssen. Millionen Haushalte könnten plötzlich mitten im Winter unerwartet ohne Heizung dastehen, Tausende Menschen würden in U-Bahnen und Zügen, in Fahrstühlen, auf Sesselliften oder auch in Bergbahnen festsitzen. Handynetze und Bankomaten funktionieren nicht ohne Strom. Fehlende Beleuchtung öffentlicher Plätze, von Straßen und Häusern und die resultierende ungewohnte Dunkelheit erhöhen die Verunsicherung der Bevölkerung. Der Verkehr käme möglicherweise mitten in der Rushhour zum Erliegen, Supermärkte könnten nicht mehr öffnen und selbst auf vielen Bauernhöfen ginge plötzlich nichts mehr. Ohne Strom stellen Melkmaschinen und Futterroboter den Betrieb ein. „Zudem muss uns klar sein, dass wir es möglicherweise auch mit einer länger andauernden Phase der Ungewissheit zu tun haben werden“, so Generalmajor Hofbauer. „Wir müssen uns darauf vorbereiten, dass es dann in gewissen Bereichen auch zu einem Kontrollverlust kommen kann und sich schon nach zwei bis drei Tagen das Recht des Stärkeren durchsetzen wird, Plünderungen und kriminelle Handlungen werden steigen. Ereignisse wie der Hurrikan Katrina im Jahr 2005 in den USA haben uns vor Augen geführt, dass der plötzlich rechtsfreie Raum sehr schnell von diversen Gruppierungen genutzt wird, und damit muss hierzulande auch im Falle eines Blackouts gerechnet werden. Dann muss das Bundesheer autark und einsatzbereit sein.“ Um in diesem Fall bestmöglich handlungsfähig zu bleiben, appelliert Generalmajor Hofbauer abschließend auch an die individuelle Vorbereitung und Eigenvorsorge jeder Soldatin und jedes Soldaten: „Es ist das eine, dass wir viel Geld in die Hand nehmen, um unsere Strukturen auf ein solches Szenario auszurichten. Das andere ist, dass man nur dann beruhigt in den Einsatz gehen kann, wenn man die eigene Familie gut versorgt weiß. Treffen wir daher alle notwendigen Vorbereitungen dafür und stocken unsere Vorräte auf, um allzeit bereit zu sein. Ein Blackout kann jederzeit eintreten und wird sich nicht im Voraus ankündigen. Wer kann mit Sicherheit behaupten, dass wir nicht schon morgen mit einem derartigen Szenario konfrontiert sein werden?“

Impressum: Amtliche Publikation der Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung. Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Republik Österreich / Bundesministerin für Landesverteidigung, BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien. Erscheinungsjahr: 2021. Druck: Heeresdruckzentrum 18-101010100.

Grafik: Bundesheer

wieder nach Hause kamen. Somit wurde der Gedanke der Errichtung eines Mahnmals auf dem ehemaligen Schlachtfeld von Stalingrad in erster Linie eine humanitäre Aktion. Wir denken an alle, die dort umgekommen sind - natürlich zunächst an unsere Österreicher, wer wird dies nicht verstehen - aber gerade vor Ort in Wolgograd wurde uns bewusst, dass die dort beheimatete Bevölkerung, die Soldaten aller Völker der ehemaligen Sowjetunion bei der Verteidigung der russischen Heimat, die Soldaten der Deutschen Wehrmacht und der mit ihr verbündeten Italiener, Rumänen, Ungarn und Kroaten hunderttausendfachen Tod gefunden haben.

Mahnmal-Idee entstand 1992

Die Idee zum Mahnmal entstand 1992 anlässlich des Besuches eines ORF-Teams unter Leitung des Redakteurs Brigadier Walter Seledec auf dem ehemaligen Schlachtfeld. Das Präsidium des Personenkomitees mit Dr. Helmut Zilk, Dr. Robert Lichal und Dr. Erwin Hirnschall repräsentierte eine breite politische Basis für das Projekt und innerhalb kurzer Zeit konnten die notwendigen 10 Millionen Schilling aufgebracht werden; die Hälfte aus privaten Spenden zehntausender Österreicher und Österreicherinnen (so erbrachte eine Sammlung unter den Mitgliedern der OG Wien den Betrag von 75.000 Schilling), die zweite Hälfte aus öffentlichen Mitteln des Bundes, der Länder und Gemeinden sowie Sponsorbeiträgen von Firmen. Bei unserem mehrtägigen Aufenthalt in Wolgograd besuchten wir gleich am ersten Tag das Denkmal am Mamajev Kugan, der zu trauriger Berühmtheit gewordenen Höhe 102, die im Verlauf der Schlacht an die 16 mal den Besitzer wechselte. Ein erbittertes Ringen um jeden Quadratmeter Boden, auf dem sich nichts mehr befand als hunderte Metallsplitter und die zerfetzten Reste der gefallenen Kameraden und Gegner. Seit den sechziger Jahren ist diese die Stadt überragende Anhöhe Standort der Denkmalanlage zur Erinnerung an die Schlacht und den Sieg der Roten Armee. Für die Besucher aus Österreich und Deutschland ist die 60 m hohe Statue der Mutter Russlands mit dem Siegesschwert auch eine Mahnung, dass hier in mehr als 3000 km Entfernung von Wien und Berlin nicht die Heimat verteidigt wurde. Der zweite Tag bot ein touristisches Programm mit der Wahl zwischen einer Wolgaschifffahrt oder dem Besuch des Kosakendorfes llolja am Don. Ich schloss mich dem zweiten Programmpunkt an, bot er doch die Möglichkeit, hinaus in die Steppe zu fahren und dem Weg zu folgen, den die Soldaten vor über 50 Jahren vom Don hierher gezogen sind. Ein Reiseteilnehmer, der im August 1942 bei der Bildung des ersten deutschen Brückenkopfes am östlichen Donufer dabei war, stellte die Frage nach den militärischen Führungsqualitäten der damaligen Heeresleitung, mussten sie doch den Don in kleinen Booten ohne Unterstützung durch schwere Waffen und ohne Luftunterstützung überqueren und mit zunächst einfachen infanteristischen Mitteln den Brückenkopf erkämpfen. Am gleichen Tag bombardierte die Deutsche Luftwaffe die Stadt Stalingrad - 45.000 Ziviltote waren die Folge. Was war das Ziel der Luftwaffe? Die militärische Unterstützung der eigenen Bodenoperationen am Don oder die Vernichtung der Bevölkerung von Stalingrad im Rahmen eines großen Eroberungs- und Vernichtungskrieges gegen Russland? Die einzelne Beobachtung eines damaligen Infanteristen gibt uns Antwort. Doch bleiben wir beim Besuch im Kosakendorf, der uns Gelegenheit bot, mit Menschen von heute in Kontakt zu kommen. Der freundliche Empfang, der alten Tradition entsprechend mit Brot und Salz, die russische und österreichische Fahne beim Eingang, aber vor allem die herzliche Stimmung während des ganzen Tages bewiesen, dass wir hier freundschaftliche Aufnahme gefunden haben. Am Abend war das Gewerkschaftshaus in Wolgograd bis auf den letzten Stehplatz gefüllt, denn keiner wollte sich die Podiumsdiskussion zum Thema „Wo sind sie geblieben?“ entgehen lassen. Der damalige HGM-Direktor Dr. Rauchensteiner entwickelte seine Gedanken über den Sinn des Mahnmals in Pestschanka und über Kriegerdenkmäler im Allgemeinen, denen er eine wichtige humanitäre Funktion in unserer Gesellschaft zuerkannte. Prof. Karner aus Graz berichtete über seine Bemühungen und Erfolge bei der Klärung vieler Vermisstenschicksale und berührte die Zuhörer aufs tiefste mit seinen Schilderungen über die Empfindungen jener Männer und Frauen, die noch immer nach vermissten Angehörigen suchen, insbesondere jener, die dies als Kinder von Vätern tun, die sie niemals kennen lernen konnten. Bundesrat Rieser berichtete über die vielen Hürden, die bis zur Realisierung des Projektes zu überwinden waren, aber auch über das offene Wohlwollen, das bei vielen russischen Stellen für die Idee des Mahnmals gefunden wurde. Der Rektor der Universität Wolgograd fand als Historiker Worte des Dankes und der Mahnung und erinnerte an den Sinn der völkerverbindenden Begegnung, die das Mahnmal bewirken soll. Der dritte Tag brachte uns hinaus in die Steppe, auf das Schlachtfeld, wo die hauptsächlich aus Österreichern bestehenden Infanteriedivisionen (ID) 44 und 297

untergegangen sind. Am Vormittag fuhren wir nach Rossoschka, wo im Stellungsgebiet der 44. ID vom Verein Deutscher Kriegsgräberfürsorge (mit Unterstützung des Österreichischen Schwarzen Kreuzes) ein Soldatenfriedhof für 30.000 Gefallene der ehemaligen Deutschen Wehrmacht errichtet wurde. Am Nachmittag war es so weit. Die Autobuskolonne erreichte Pestschanka, wo das Mahnmal aufgestellt worden war.

Mahmal erinnert an Opfer beider Seiten

Das ganze Dorf war auf den Beinen, um an diesem denkwürdigen 8. Juni 1996 der Einweihung des von Österreich initiierten und von Prof. Wilhelm Holzbauer entworfenen Mahnmals für alle Opfer der Schlacht von Stalingrad beizuwohnen. Nach der Kranzniederlegung beim Friedhof und Denkmal russischer Gefallener ging es über die von Österreich neu befestigte und asphaltierte Dorfstrasse hinaus an den Ortsrand, in die Kalmükensteppe, wo die 297. ID elendiglich zugrunde ging. Die einsame Erdoberfläche ist noch durchzogen mit Narben von Schützengräben, Geschützstellungen, MG-Nestern, Erdbunkern. Karges Steppengras ist nun darüber gewachsen, kaum bedeckt es die Gebeine der toten Soldaten - Angreifer und Verteidiger im Tode seit über 50 Jahren vereint. Darüber ragt die Pyramide aus Stahl mahnend in den Himmel. Der rostige Stahl erinnert an die Vergänglichkeit und Nutzlosigkeit alten Kriegsmaterials. Die scharfe Spitze ragt empor wie ein Dorn, an dem sich der Steppenwind wund reißt und täglich aufs Neue die Toten der Schlacht beweint. Und der Steppenwind wandelte sich während der Feier zum Gewittersturm - eine eindrucksvolle Mahnung, die Gewalten der Natur nicht zu missachten. Trotz Gewitters konnten Dr. Zilk, Prof. Karner, der Bezirkshauptmann von Wolgograd, die Vertreter der Veteranenverbände und der Geistlichkeit ihre Festreden halten. Versöhnung und vor allem gegenseitige Achtung und menschliche Anerkennung sollen den Frieden der Völker in der Zukunft sichern. So ist auch das Mahnmal allen Opfern der Schlacht gewidmet. Nach der Niederlegung der Kränze - wir von der OG brachten aus Wien auch einen Kranz - ließ die Sängergruppe „Carinthia“ das Lied vom toten Kameraden erklingen. Mögen wir Nachgeborenen heute und in Zukunft die Kraft dazu finden, dass sich Diktatur und Krieg nicht wiederholen. Mögen wir durch den Wohlstand, den uns die vom Krieg gezeichnete Generation wieder aufgebaut und erweitert hat, nicht zu weich und überheblich geworden sein, um nicht täglich für Frieden und die Demokratie zu arbeiten.

Am Abend gab es ein festliches Abendessen im Hotel „Wolgograd“ mit Vertretern der Veteranenvereinigungen und der Stadt- bzw. Bezirksverwaltung. Die Gäste aus Österreich überreichten dem Leiter des Krankenhauses medizinische Geräte der Fa. AVL List aus Graz sowie Medikamente, die nach einer langen Wunschliste zusammengestellt worden sind. Worte des Dankes, der Versöhnung und der Freundschaft wurden ausgesprochen, Auszeichnungen ausgetauscht, Pläne für einen Schüler- und Studentenaustausch beschlossen.

Auf der Rückkehr nach Wien dachte ich unter anderem an den nun schon verstorbenen Olt a. D. Ginstl, der als einer der wenigen Stalingradheimkehrer nach 12-jähriger Gefangenschaft in Russland - seine Frau teilte dieses Schicksal ebenfalls bis 1955, da sie nach dem Krieg nach einer Denunziation von den Russen aus Wien verschleppt worden war - voller Achtung und Liebe über die russischen Menschen sprach und deutlich den Unterschied zwischen Mensch und der von einer Diktatur unter Zwang gehaltenen Kreatur herausstrich. Nehmen wir diese Gedanken als Beispiel, wie vielfältig die individuellen Bezugspunkte von uns zu den Russen und den Völkern der ehemaligen Sowjetunion und umgekehrt sind und denken wir daran, wenn wir nun mit der Osterweiterung das Aufbauwerk Europas in der nächsten Generation fortsetzen. Mit ihrem Tod im Osten sind Millionen Deutsche und hunderttausende Österreicher, Italiener, Ungarn, Rumänen und andere Europäer zu Weißrussen, Ukrainern, Moldawiern, Russen geworden; Millionen Soldaten der Roten Armee fanden den Kriegstod außerhalb ihrer Heimat und wurden damit ein Teil der europäischen Erde. Wo sind sie geblieben? Dort wo sie begraben oder liegen geblieben sind. Möge ihr Opfertod unser Handeln nachhaltig beeinflussen und endlich ein verbundenes Zusammenleben mit gemeinsamen Absichten bewirken, freiwillig, nicht einer über den anderen herrschend.

Dr. Albert Jerabek, ObstdlntD a.D. ist Mitglied der OG-Wien.

100 Jahre Burgenland

Am 28. August 1921 erfolgte die österreichische Übernahme des Burgenlandes.

Thomas Edelmann

Als am 12. November 1918 auf der Rampe vor dem Parlament die „Republik Deutschösterreich“ ausgerufen wurde, waren die Grenzen dieses Staates noch keineswegs gezogen. Die neue Republik sollte im Osten unter anderem den Grenzstreifen Deutschwestungarn mit den Komitaten Wieselburg [Moson vármegye], Ödenburg [Sopron] und Eisenburg [Vasvár] beinhalten. Obwohl geografisch und historisch zu Ungarn gehörig, würde Deutschösterreich mit diesen Komitaten eine gemeinsame sprachliche und ethnische Bevölkerungsstruktur verbinden. Außerdem wäre die Leitha seit Jahrhunderten eine rein administrative Grenze gewesen, ohne militärische, wirtschaftliche oder politische Bedeutung. Die Komitate stünden in innigster wirtschaftlicher und geistiger Gemeinschaft mit dem neuen Staat und wären insbesondere für die Lebensmittelversorgung der Stadt Wien unentbehrlich. Mit dieser Argumentation – so das Kalkül – müssten die Grenzen Deutschösterreichs bei den Friedensverhandlungen in Saint-Germain-en-Laye Anerkennung finden. Um zusätzlich noch die Unabhängigkeit der Komitate von Ungarn sprachlich zu betonen, wurden sie immer häufiger als das Burgenland bezeichnet.

Friedensvertrag sprach Österreich das Burgenland zu

Zwar sprach der Friedensvertrag am 10. September 1919 Österreich das Burgenland zu, die Souveränität in den Gebieten – es waren 4.022 km2 sowie 292.041 Personen – musste gegen den ungarischen Nachbarn aber erst noch durchgesetzt werden. Ungarn hatte den Vertrag von St. Germain weder mitunterzeichnet, noch gegenüber der Entente bislang die Verpflichtung der rechtlichen wie faktischen Übergabe des Gebietes akzeptiert. Obwohl der Friedensvertrag von Trianon zwischen den Alliierten und Ungarn im Juni 1920 die Grenzen des Friedensvertrages von St. Germain bestätigte, hoffte Ungarn weiterhin auf größere Grenzkorrekturen. Seit Februar 1921 verhandelten Österreich und Ungarn direkt miteinander. Die Verhandlungen blieben jedoch ergebnislos, sodass die Alliierten Mächte Ungarn am 16. August 1921 ultimativ aufforderten, das Burgenland an Österreich zu übergeben.

Die österreichische Übernahme des Burgenlandes sollte am 28. August 1921 durch elf österreichische Gendarmeriekolonnen samt Zollwache erfolgen, was eine auf die zivile Gewalt gestützte friedliche Annexion suggerieren sollte. Der Ministerrat plante jedoch seit Juni 1921 den Einsatz des Bundesheeres im Hintergrund mit. Oberstbrigadier Rudolf Vidossich, Kommandant der Brigadekommandos 1, 2, 3 und 5, befahl, alle militärischen Vorarbeiten für den möglichen Einsatz im engen Einvernehmen mit der künftigen burgenländischen Zivilverwaltungsstelle abzusprechen. Obwohl die Alliierten den Einsatz des Bundesheeres eigentlich nicht erlaubten, gab das Heeresamt am 19. August an Vidossich den Befehl, insgesamt neuneinhalb Bataillone, eine Schwadron, eine Radfahrkompanie, drei Batterien, drei Pionierkompanien, eineinhalb Telegraphenkompanien und zwei Kraftfahrzüge für eine etwaige Verwendung in den Garnisonen bereitzuhalten.

Widerstand durch ungarische Regierung

Als am 28. August 1921 elf österreichische Gendarmeriekolonnen die Staatsgrenze Richtung Osten überschritten, stießen die Kolonnen rasch auf Widerstand durch die von der ungarischen Regierung inoffiziell unterstützten Freischärlertruppen. Am 30. August war die Lage im gesamten Burgenland bereits derart kritisch geworden, sodass die steirische und niederösterreichische Landesregierung gemäß Wehrgesetz die Unterstützung des Grenzschutzes durch das Bundesheer anfordern musste. Für eine volle Bewegungsfreiheit des Bundesheeres für die Inbesitznahme des Burgenlandes fehlte das Mandat der Alliierten. Am 31. August überschrit-

ten erste Freischärler die ungarisch-steirische Grenze. Nachdem seit dem 1. September das Bundesheer die Grenzwacht bezogen hatte, erfolgte bereits am 5. September ein Angriff von rund 1.100 Freischärlern auf Kirchschlag. Hier war das II. Bataillon des Infanterieregimentes 5 unter dem Kommando von Oberst Emil Sommer zur Grenzsicherung eingeteilt. Es bestand aus drei Infanteriekompanien, einer MG-Kompanie sowie einem technischen Zug und einem Verbindungszug. Seit 5:00 Uhr tobten an der Grenze vor Kirchschlag und Ungerbach die Kämpfe zwischen der Gendarmerie und den Freischärlern. Unmittelbar danach setzten sich die 5. und 6. Kompanie in Richtung Grenze in Bewegung. Zunächst verstärkte der II. Zug der 6. Kompanie die in Lebenbrunn kämpfenden zivilen Kräfte, die sich jedoch auf dem Rückzug befanden, woraufhin der Zug diesen deckte. Die MG-Kompanie bezog auf den Anhöhen beidseitig der strategisch wichtigen Pilgersdorferstraße Stellung, um auf den Anmarschweg der Freischärler flankierend wirken zu können. Der II. und III. Zug der aus Kirchschlag kommenden 5. Kompanie sollte sich mit je einem leichten Maschinengewehr an der Grenze festsetzen. Als die 5. Kompanie vorrückte, stieß sie auf eine Radfahrtruppe der Freischärler, die sofort das Feuer eröffnete. Die Züge mussten in ungünstiger Stellung in Deckung gehen. Um 12:30 Uhr war das Feuer der hier nachrückenden Freischärlertruppen derart stark geworden, dass die Züge der 5. Kompanie auf die Linie der MG-Kompanie zurückgezogen werden mussten. Auch die MG-Züge mussten zunächst zurückgenommen werden, konnten aber nun an der Serpentinenstraße ihr Feuer vollends entfalten. Die Freischärler zogen sich daraufhin um 13:00 Uhr zurück.

Alliierte Erlaubnis zum Vorziehen des Bundesheeres auf burgenländischen Boden

Obwohl seit dem 6. September der Grenzschutz verstärkt worden war, blieb die Lage an der Grenze zum Burgenland akut. Als Österreich eine bewaffnete Intervention der Alliierten einforderte, lenkte Ungarn ein und signalisierte den Willen zur Übergabe unter der Bedingung, dass die Abtretung des Komitates Ödenburg ausgeklammert werde. Während der österreichische Nationalrat über das Angebot Ungarns diskutierte, spitzte sich die Lage an der nordburgenländischen Grenze zu. In Parndorf sammelten sich Freischärler für einen Angriff auf Bruck an der Leitha. Da die Stadt direkt an der Grenze zum Burgenland lag, war es schier unmöglich, das hier liegende III. Bataillon des Infanterieregimentes 1 zur Abwehr vorzuschieben. Am 24.

September erfolgte der Angriff auf das Bataillon von drei Seiten, der letztendlich durch die Unterstützung der in Götzendorf stehenden 3. Kompanie des Infanterieregiments 6 sowie des Radfahrbataillons 2 aus Wien bis zum Nachmittag abgewehrt werden konnte.

Ödenburg verbleibt bei Ungarn

Nun gaben die Alliierten die Erlaubnis, das Bundesheer auf burgenländischen Boden vorzuziehen. Ungarn wiederum wollte auch deswegen rasch zum Verhandlungstisch zurückkehren, da es zusehends die Kontrolle über die Freischärlergruppen verlor. Am 13. Oktober fanden die Verhandlungen trotz der Ausrufung des Leitha-Banats durch den Anführer der Freischärler Pál Prónay ihren Abschluss. Im Protokoll von Venedig fixierten die Streitparteien die Übergabe des Burgenlandes und definierten auch jene Gemeinden im Komitat Ödenburg, in denen das Volk über ihren nationalen Verbleib abstimmen sollte. Der Vertrag verpflichtete Ungarn, die Freischärler im Burgenland bis 6. November zu entwaffnen. Erst nach dieser Befriedung durfte das Österreichische Bundesheer die Gebiete besetzen. Am 13. November 1921, um 9:00 Uhr, begann unter dem Oberkommando von Oberstbrigadier Vidossich der Einmarsch der 3. bis 6. Brigade in das Burgenland. Außer in Kittsee, wo zurückweichende Freischärler einzelne Schüsse abgaben, gab es keinen Widerstand. Die Landnahme fand von Nord nach Süd in zwei zeitlich getrennten Etappen statt und dauerte bis Ende des Monats. Zwischen 13. und 17. November wurde der Norden, zwischen 25. bis 29. November der Süden besetzt.

Von 14. bis 16. Dezember fand in der Stadt Ödenburg sowie in acht Umlandgemeinden die Volksabstimmung statt, die mit 65,08 Prozent zugunsten Ungarns ausging. Österreich warf Ungarn Wahlmanipulation vor, erkannte jedoch auf Druck der Alliierten die Abstimmung an.

Mag. Dr. Thomas Edelmann, MAS, Referent im Heeresgeschichtlichen Museum Wien

Taktische Erdaufklärung mit Schwerpunkt luftgestützte Aufklärungsmittel

Freiwillige Kaderfortbildung für OG Wien-Mitglieder von OG Wien-Mitgliedern.

Albert Stöger, Mjr

Vom 26. bis 28. Juni 2021 hatten sechs Mitglieder der Offiziersgesellschaft Wien die Möglichkeit, an einer freiwilligen Kaderfortbildung zum Thema „Taktische Erdaufklärung" am RefAufkl/GLAbt der Heerestruppenschule (HTS) in der Martin-Kaserne in Eisenstadt teil zu nehmen. Den Schwerpunkt dieser Fortbildung bildete das Thema „luftgestützte Aufklärungsmittel", im Rahmen dessen die Vortragenden den Bogen von den derzeit im Österreichischen Bundesheer (ÖBH) eingeführten luftgestützten Aufklärungsmitteln bis hin zum „Drohnenkrieg" anhand aktueller Beispiele spannten.

Nach einer kurzen Vorstellung der HTS und einer Einweisung in die Aufgaben der GLAbt, erhielten wir am ersten Tag einen allgemeinen Überblick zu aktuellen Systemen der Aufklärung, sowie zur Klassifizierung von Drohnen im Speziellen. In weiterer Folge gab der Referatsleiter RefAufkl/GLAbt/HTS und OG Wien Mitglied Major Mag. (FH) Hartmuth Ziegler eine detaillierte Beschreibung und Systemvorstellung des Drohnensystems Tracker des ÖBH. Dabei wurde auch auf die Einsatzmöglichkeiten sowie auf die Einschränkungen dieses Systems eingegangen. Eine Einführung zum ISTAR Verbund (Intelligence, Surveillance, Target Acquisition & Reconnaissance) als Beitrag zu einem gesamthaften Lagebild und die Vorstellung des Grenzraumüberwachungsradar (GRÜR) Beagle rundeten den Tag ab. Der Vormittag des zweiten Tages stand ganz im Zeichen von „Modern Warfare" und „Robotic Wars". Oberst dG Dr. Markus Reisner, PhD, Leiter EA/TherMilAk und OG Wien Mitglied, erläuterte die Entwicklungen von neuen Technologien am Gefechtsfeld, zeigte deren Auswirkungen anhand aktueller Beispiele auf (z.B. Ukraine, Syrien und Israel) und gab einen lebendigen Eindruck von sich abzeichnenden internationalen Entwicklungen. Ganz konkret wurde der Drohnenkrieg am Konflikt in Bergkarabach zwischen Armenien und Aserbaidschan analysiert und als richtungsweisend eingestuft. Die Schlussfolgerung war eindeutig: der Wandel in der Kriegsführung ist unaufhaltbar und ist bereits beeindruckende Realität!

Der Nachmittag war dem Thema Duellsimulation und Effektdarstellung gewidmet. Nach einer kurzweiligen Erklärung der verschiedenen Möglichkeiten Explosionen und Detonationen darzustellen, konnten wir uns von der beeindruckenden Wirkung an mehreren Beispielen überzeugen. Dieser Einweisung folgte eine Unterrichtung in

Bundesheer/Roland Lackinger

Drohensystem Tracker liefert wichtige Informationen Tag und Nacht

die Möglichkeiten der Duellsimulation, die Stärken und Schwächen des Systems, seine Entwicklung und den vielfältigen Nutzen der Echtzeitauswertung. Diese Mittel sind auch für die Miliz hoch interessant, da sie die Möglichkeit bieten, die knappe Übungszeit maximal zu nutzen und die Lerneffekte zu vervielfachen. Am dritten Tag hatten wir die Möglichkeit die für das Drohnensystem TRACKER vorhandenen Ausbildungsmittel sowie das GRÜR Beagle praktisch kennenzulernen. Nach einer sehr detaillierten Einweisung durch den Militär-Drohnenausbilder Vzlt Karl Rath, konnten wir den Startvorgang der Drohne an der Drohnenstart-Trainingsanlage (DSTA) selbst praktisch üben. Am Simulator (Notverfahrenstrainer des System TRACKER) haben wir dann selbst Flüge geplant & durchgeführt und konnten dabei die Einsatzmöglichkeiten der Drohne ausprobieren. Den Abschluss der Kaderfortbildung bildete eine theoretische und praktische Einweisung in die neuen Möglichkeiten der körperlichen Leistungsfeststellung abseits der klassischen „2400m", dem Sportmotorischen Test (SMT) und dem Militärspezifischen Test (MST) insbesondere des Soldatenparcours.

Unser Dank gilt insbesondere Major Ziegler für die Organisation und Durchführung dieser äußerst interessanten und kompakten Kaderfortbildung. Vielen Dank auch an Oberst dG Reisner für den spannenden Ein- und Ausblick bei internationalen Entwicklungen. Wir hatten dadurch die Möglichkeit uns in einem Themengebiet weiterzubilden, welches in aktuellen Auseinandersetzungen bereits jetzt eine große Rolle spielt und in Zukunft einen umfassenden und nachhaltigen Wandel in der Kriegsführung nach sich ziehen wird. Ebenso möchten wir uns beim Kommandanten AAB4, Obstlt Michael Vitovec bedanken, der uns im Vorhaben diese Fortbildung zu machen, unterstützt hat.

Wussten Sie, dass ...

Zusammengestellt von Peter C. Birkmayer, Obst aD

die **Internationale Energieagentur** (**IEA**) die in der „Opec+“ versammelten Ölförderländer dazu aufrief, ihre Ölförderung so weit wie möglich auszudehnen, um die weiterhin steigende Nachfrage bedienen zu können. In einem ihrer Monatsberichte geht die Agentur davon aus, dass die weltweite Erdölnachfrage bereits im Jahr 2022 das Vor-Corona-Niveau erreichen dürfte. Eine bemerkenswerte Stellungnahme, weil die IEA-Experten vor geraumer Zeit noch einen Investitionsstopp gefordert hatten, um bis zum Jahr 2050 das Ziel einer „Klimaneutralität“ zu erreichen.

…**Griechenland** beabsichtigt hat, in Zukunft keine Asylanträge mehr von Menschen entgegenzunehmen, die aus Somalia, Pakistan, Afghanistan, Syrien und Bangladesch über die Türkei in das Land gekommen sind. Der griechische Migrationsminister hält diesen wichtigen Schritt zur Bekämpfung der illegalen Migration und der verbrecherischen Aktivitäten der Schlepper für notwendig. Er ist der Meinung, dass Griechenland auf Grund des EU-Vertrages mit der Türkei illegal auf den Ägäis- Inseln gelandete Flüchtlinge in die Türkei zurückschicken kann.

…das **israelische Computer-Sicherheitsunternehmen NSO** bestätigt hat, dass es einigen ausländischen Regierungskunden den Zugang zu seiner Spionageplattform „Pegasus“ gesperrt hat, weil diese die Software zur Spionage bei Journalisten, Dissidenten und Menschenrechtsaktivisten missbraucht haben sollen. Laut einer internationalen Untersuchung sollen an die 50.000 Personen mittels „Pegasus“ überwacht worden sein, darunter auch Frankreichs Präsident Macron. Die Software wurde an die Regierungsbehörden etlicher Staaten geliefert, darunter auch solche, die einen fragwürdigen Umgang mit den Menschenrechten pflegen. Die Software wurde in Israel mittlerweile als Cyberwaffe eingestuft, womit eine Lizenzierung für ausländische Kunden von der Regierung genehmigt werden muss.

…die **Volksrepublik China** die Entsendung von 5.000 Soldaten in den Iran plant, um ihre dortigen Investitionen im Milliardenbereich abzusichern. Chinesische Militärexperten seien im Iran bereits auf der Suche nach geeigneten Standorten. Die im Zuge eines Ende März in Teheran unterzeichneten Investitions- und Strategieabkommens vereinbarte chinesische Militärpräsenz wird aber nicht allein der Absicherung chinesischer Investitionen dienen. Sie ist vielmehr auch im Rahmen des Seidenstraßen-Projektes zu sehen und soll die Achse China-Pakistan-Iran stärken. Seidenstraßen-Gespräche mit Pakistan wurden bereits 2013 geführt und brachten 2015 unterzeichnete Absichtserklärungen zur Schaffung eines „China – Pakistan – Wirtschaftskorridors“. Peking geht es dabei insbesondere um die Möglichkeit, iranisches Öl, Gas und Petrochemikalien via Pakistan ins Land zu bekommen. Interessant ist die Frage wie diese Situation von Israel beurteilt wird.

…laut **EU-Frontex** ist die Zahl der die EU erreichenden Migranten in den Monaten Jänner bis Mai 2021 im Vergleich mit dem Vorjahr um rund 30 % auf mehr als 42.000 Personen gestiegen. Die stärkste Zunahme gab es mit 85 % auf der sogenannten Westbalkanroute, die eigentlich als geschlossen gilt. Ein erneut starker Flüchtingsdruck wird wegen des Abzugs der NATO-Verbände u.a. aus Afghanistan erwartet und auch aus Afrika drängen schon jetzt wieder mehr Menschen nach Europa als dies 2020 der Fall war. Trotzdem findet man im jüngsten „Fortschrittsbericht“ der EU-Ratspräsidentschaft kein Signal in Sachen einer gemeinsamen Migrationspolitik. Nicht einmal eine gemeinsame Datenbank für die Fingerabdrücke der Asylwerber ist in Sichtweite.

Neues aus dem MilKdo Wien

Zusammengestellt von Michael Rauscher, Obst

Im Mittelpunkt des Berichtes aus dem Militärkommando Wien stehen Übungen der beiden Wiener Milizbataillone. Die Führung des Einsatzes zur Bewachung von Botschaften, Völkerrechtsobjekten und Objekten der IKG in Wien läuft weiter. Veranstaltungen in der Öffentlichkeit sind nach wie vor sehr eingeschränkt.

Übung des JgB W1 „Hoch- und Deutschmeister“ im Juni

Für 120 Milizsoldatinnen und -soldaten des Jägerbataillons Wien 1 „Hoch- und Deutschmeister“ stand eine Woche lang wieder das Soldatenleben am Tagesplan: Ziel der Übung war die Festigung der Führungsfähigkeit der Kompanie- und Zugskommandanten in der Einsatzart „Schutz“ sowie die Schulung des Bataillonskommandos im Stabsdienst. Die Soldaten des Jägerbataillons Wien 1 beherrschen die klassischen Aufgaben eines Jägerbataillons wie etwa den Angriff, die Verteidigung, den Verzögerungskampf oder den Schutz von wichtigen Gebäuden und Einrichtungen. Die Einsatzart „Schutz“ ist das einsatzwahrscheinlichste Szenario des Bataillons, dementsprechend liegt der Schwerpunkt in der Ausbildung der Soldaten bei der Erkundung möglicher Schutzobjekte in der Bundeshauptstadt Wien sowie im Führungsverfahren zum Thema „Schutz“. Weitere Ausbildungsinhalte lagen im Bereich der Sanitätsausbildung sowie in der Auffrischung im Kraftfahrdienst. Der Bataillonskommandant war mit dem Übungsverlauf zufrieden: „Soldaten des Jägerbataillons Wien 1 haben in den letzten Monaten bei gleich mehreren Covid-Einsätzen ihre Einsatzfähigkeit und Professionalität bewiesen. Mit dieser Übung und weiteren Ausbildungsvorhaben tragen wir alle dazu bei, noch einsatzfähiger zu werden“, so Oberst Stefan Koroknai.

Übung des JgB W2 „Maria Theresia“ im August

Von 23. bis 28. August trainieren Wiener Milizsoldaten auf dem Truppenübungsplatz Bruckneudorf an der niederösterreichisch-burgenländischen Grenze. Rund 450 Soldatinnen und Soldaten sind zur Truppenübung „Sommergewitter21“ gekommen.

Scharfschießen mit Sturmgewehr und Pistole, Errichten temporärer Kontrollpunkte und das Auffinden von Personen waren die Übungsziele. Der Milizbeauftragte des Bundesheeres, Generalmajor Erwin Hameseder, besuchte die Soldaten am Mittwoch. Vor Ort ließ er sich über das Übungsgeschehen informieren.

Generalmajor Hameseder unterhielt sich in gewohnter Weise mit vielen Milizsoldaten, um ein Stimmungsbild zu gewinnen. Hameseder interessierte vor allem die materielle und personelle Situation des Bataillons. Genauso wichtig war dem Milizbeauftragten, selbst Milizsoldat und Vorstand eines Bankenkonzerns, die Vereinbarkeit von Bundesheer und Beruf.

Der polnische Militärattaché in Österreich, Oberst Krzysztof Makarewicz, war ebenfalls Gast bei den Milizsoldaten. Makarewicz nutzte die Gelegenheit, um das österreichische Milizsystem intensiv zu besprechen. In einer Präsentation für die Bataillonsangehörigen stellte er seinerseits das polnische Milizsystem vor, das erst vor wenigen Jahren ins Leben gerufen wurde.

Kommandoübergabe beim Jägerbataillon Wien 2

Oberstleutnant Markus Hornof übernimmt das Kommando von Oberst Bernhard Schulyok.

Der 48-jährige Niederösterreicher Oberstleutnant Hornof ist Berufssoldat und seit 29 Jahren im Dienst des Bundesheeres. Er ist Hauptlehroffizier für Gefechtstechnik an der Theresianischen Militärakademie und war bisher als stellvertretender Kommandant beim Jägerbataillons Wien 1 eingeteilt. Der Vater von vier Kindern lebt mit seiner Familie bei Wiener Neustadt. Hornof ist nun der zweitjüngste Kommandant eines Milizbataillons in Österreich. In seiner Antrittsrede bedankte er sich bei Oberst Schulyok dafür, ein gut aufgestelltes und moti-

viertes Bataillon übernehmen zu können. Er bekräftigte, dass es sein Ziel sei, die Wiener Miliz weiter zu professionalisieren und das Verbindende vor das Trennende zu stellen.
Der Festakt war zeitgleich der Schlusspunkt der diesjährigen Übung „Sommergewitter21“.

Schlegel-Gedenken im Zeichen des Kulturgüterschutzes

Das Militärkommando Wien lud zusammen mit der Österreichischen Gesellschaft für Kulturgüterschutz (ÖGKGS) und dem Schlegel-Komitee am 13. August zum sogenannten Schlegel-Gedenken ein.

Der Name der Gedenkfeier bezieht sich auf den aus Wien stammenden Oberstleutnant Julius Schlegel, einem Offizier der Deutschen Wehrmacht, der im Herbst 1943 aus eigenem Antrieb und unter der Gefahr eines Kriegsgerichtsverfahrens die Kunstschätze des ältesten Klosters Europas in Monte Cassino vor der sicheren Zerstörung bewahrt hatte, indem er sie nach Rom verbringen ließ. Als Offizier im Logistik-Bereich hatte er die Mittel dazu. Im Wertheimstein-Park in Wien befindet sich eine Büste dieses Offiziers, bei der ansonsten alljährlich dieses Schlegel-Gedenken abgehalten wird. Corona-bedingt wurde es, wie schon im Vorjahr, in eine militärische Anlage verlegt, und zwar in den Garten der Militärpfarre Wien.

Tipp

Manfried Welan, Peter Diem

Ihr Recht geht vom Volk aus. 100 Jahre österreichische Bundesverfassung – Staatssymbolik und Staatsziele

Die Autoren sind jeweils ausgewiesene Experten ihres Bereichs. Die gut gelungene Zusammenführung der Bereiche Verfassungsrecht und Staatssymbolik, einschließlich deren inhaltlicher historischer und politischer Vernetzung, macht das Buch so interessant.
Vor Jahrzehnten schon hat Peter Diem die Beflaggung repräsentativer Bauten in Wien initiiert. Und auch heute ist ihm der offene Umgang mit Staatssymbolen als Identitätsmerkmal ein wichtiges Anliegen. So schlägt er etwa vor, den Bundesadler zur allgemeinen Fahnenverwendung freizugeben. So wie auch die Bundesländer ihre Fahnen mit dem jeweiligen Landeswappen versehen. Welches meist noch durch den ursprünglichen Herzogshut oder anderer historischer Symbole geziert ist. Das zeigt, dass die Staatssymbolik auch die Kontinuität zu wahren hat. So wurden etwa am Anfang der Ersten Republik von engagierten Beamten die Wahrung des Adlers im Staatswappen sowie die Staatsfarben Rot-Weiß-Rot durchgesetzt. Im Übrigen beginnt auch Manfried Welan nicht (wie man aus dem Buchtitel folgern könnte) vor 100 Jahren. Er setzt den Beginn des Grundsatzes „Ihr Recht geht vom Volk aus“ auf die Ereignisse und Entwürfe des Jahres 1848. Auf diese Überlegungen geht die älteste noch gültige Verfassung Europas, eben jene von 1920, zurück. Diese damals durchaus vorbildliche Verfassung gab erstmals einem Verfassungsgerichtshof die Möglichkeit nicht nur Fehler bei der Gesetzwerdung zu beheben, sondern verfassungswidrige Gesetze aufzuheben!
Welan zeigt aber auch die langfristige Schwächung des Parlaments durch „Proporzparlamentarismus“, Parteien- und Verbändestaat, Bürokratie und Staatsverträge auf. Natürlich liefert er auch Vorschläge zur Verbesserung und neuer Verankerung von zeitgemäßen Staatszielen. Einer der Hauptpunkte dabei ist die Wiederstärkung des Parlaments durch freie Debatten von unabhängigen Abgeordneten („parlare“). Zu diesem Kritikpunkt passt die 2011 erstmals in der Geschichte der Republik nicht einstimmig erfolgte Änderung des Staatssymbols „Bundeshymne“. Dieser „Husch-Pfusch“- Vorgang im Nationalrat mit lediglich 61 Prozent Zustimmung führt zum heutigen nicht zur Musik passenden und sich nicht reimenden Text. Hier schlägt Peter Diem eine Neuausschreibung mit Volksbefragung vor. W.T.

Wien 2020. Plattform HISTORIA, 200 Seiten, ISBN 978-3-9504500-9-5, EUR 25,00

7. Graf Starhemberg Marsch

Am 11. September fand unter dem Kommando unseres Präsidenten Oberst Udo Birkner, des eigentlichen Marschkommandanten Hptm Albin Rentenberger sowie unter der Patronanz des Militärkommandos Wien und des Schottenstiftes bereits zum siebenten Mal der Graf-Starhemberg-Marsch statt.

Bernhard Egger, Olt

Die von Georg Ruckenbauer geplante und von Major Albert Stöger vorab geprüfte Marschstrecke führte heuer von Zeiselmauer-Königstetten durch die Hagenbachklamm zum Weidlingbach und dann steil hinauf über den Sauberg und Hermannskogel zum Kahlenberg. Von dort ging es über den Nussberg hinab zur Donau und entlang des Donaukanals bis zur Schottenkirche auf der Freyung. Insgesamt wurden diesmal 32 Kilometer mit sehr anspruchsvollen Steigungen zurückgelegt.

Der Graf-Starhemberg-Marsch erinnert an den Verteidiger Wiens von 1683, Ernst Rüdiger Graf Starhemberg, der auch in der Traditionspflege des Militärkommandos Wien einen herausragenden Platz einnimmt. Der Gedenkmarsch wurde im Jahr 2015 als Fundraising-Marsch initiiert, um damit Gelder für die Renovierung der Grabdenkmäler des Grafen Starhemberg und des Grafen Khevenhüller in der Schottenkirche zu sammeln.

Nach der Meldung an den Wiener Militärkommandanten, Brigadier Kurt Wagner, folgte eine Messe in der Schottenbasilika sowie eine Agape auf Einladung des neuen Abtes des Schottenstiftes Nikolaus Poch. Dazu konnten auch der polnische Militärattaché sowie Gäste aus Deutschland begrüßt werden. Unter den rund 95 Teilnehmern des Marsches (unter ihnen viele OG-Wien-Mitglieder) war auch eine starke Abordnung der BHAK für Führung und Sicherheit in Wiener Neustadt mit dem Direktor, Hauptmann Manfred Weigert. Weiters nahmen auch wieder der Kommandant des Jäberbataillons Wien 1, Oberst Stefan Koroknai sowie der Kommandant des Jagdkommandos, OG-Wien-Vizepräsident Brigadier Philipp Ségur-Cabanac am Marsch teil.

Re-Opening Kasino am Schwarzenbergplatz

Nach der Covid-bedingten Schließung unseres Kasinos am Schwarzenbergplatz im ersten Halbjahr 2021 konnte am 14. September im Rahmen des Openings wieder gefeiert werden, und es wurden auch einige Auszeichnungen überreicht, insbesondere an Sektionschef iR Olt Prof. Dr. Gerhard Gürtlich.

Personalia

Wir gratulieren!

85. Geburtstag
HR Helmuth Traxinger, Hptm aD

80. Geburtstag
Ing. Friedrich Hanzlik, Obst aD
Dr. Viktor Held, Hptm aD
Rudolf F. Hofer, GenMjr iR
Johann R. Kadlec
Edeltraud Klecatsky
Dipl.-Ing. Gerfried Lang, OltdhmtD aD
Dipl.-Ing. Helmut Maschek, Olt aD
Franz Riel, Obst aD
Dipl.-Ing. Klaus Safar, Mjr aD
Jürgen Stitz, Bgdr iR
Kurt Waltl, Mjr aD

75. Geburtstag
Norbert Gabitzer, Obst aD
ADir iR Herbert Harnisch
Dr. Christian Kohnen-Zülzer, ObstltA aD
Dr. Manfred Kolb, OltA aD
Dipl.-BW Heinz-Jürgen Kumpf, Lt dRes
Rainer Leitenbauer, Hptm aD
Mag. Herbert Peter Preglau, Obstlt aD
Peter Urban, Obst aD
Dr. Franz Vojir, Olt aD

70. Geburtstag
Oskar Kostelnik, Obstlt aD
Dipl.-Ing. Friedrich H. Mahofsky, Mjr aD
Konsul KommR Werner Salansky
Mag. Walter Tancsits, MjrdhmfD aD
Dr. Alfred Waldstätten, Olt aD
HR Mag. Ernest Wimmer, ObstdIntD aD

65. Geburtstag
Dr. Kurt Altmann, Olt
Msgr Dr. Franz Fahrner, MilGenVik
MinR Mag. Wolfgang Kment, Hptm
Dr. Franz Müssauer, Obst
Dipl.-Ing. Anton Schabl, Olt
Ing. Michael Weber, Hptm

60. Geburtstag
Dipl.-Ing. Michael Bauer, Olt
Bernhard Bichelhuber, Olt
MMag. Siegfried Bognar, Bgdr
Klaus Breth, Olt
Dr. Christoph Dunst, ObstdIntD
Dr. Gerhard Dworschak, Olt
Sandor Galavics, Obst
Dr. Christian Huber, Hptm
MMag. Norbert Huber, GenMjr
Dipl.-Ing. Günther Klug, ObstltdhmtD
Alexander Kogard, Obst
Mag. Werner Koller, ObstdIntD
Dr. Frank Laturnus, Obstlt
Dr. Robert Nezhyba, Hptm
Gerhard Pfalzer, Obstlt
Dr. Karl Schweitzer, Olt
Ing. Hans Stiastny, Hptm
wHR Mag. Gerald Thallauer, Hptm
Mag. Herwig Walus, Olt
Dr. Wolfgang Zemann, Olt

50. Geburtstag
Ing. Marcus Bednar, Olt
Mag. Werner Fürst, Olt
Mag. Bernd Gassner, Olt
Mag. (FH) Matthias Giessmann, Olt
Mag. Valentin Kassin, Mjr
Mag. Georg Konrad, Gfr
Priv.-Doz. Dr. Christian Muschitz, MjrA
Wolfgang Rosenkranz, Olt
Mag. Klaus Völker, StWm

Wir gratulieren unserem langjährigen Mitglied Lt Mag. Nikolaus Pachucki, BA zum goldenen Ring der Militärakademie als Jahrgangserster des MilAk-Jg Dragonerregiment 7!

Wir gratulieren unserem stv. Generalsekretär Mag. Johann Schimatschek, Richter des HG Wien, zur Beförderung zum Hauptmann!

BMLV-AL DiszBW Dr. Christian Mayer, Mjr dRes und Disziplinaranwalt Bgdr Mag. Herbert Walzer bei der Dekretübergabe an Hptm Schimatschek

Wir gratulieren!

Graf Starhemberg Marsch Medaille (GSMM)
Obst Felix C. Redolf, M.Sc.
Ing. Franz Seidl
Ing. Ricarda Seidl
Matthias Steiner

Jubiläumszeichen in Bronze (JZB)
Kapitän Univ.Prof.habil. DDr. Harald Neudorfer
Hptm Erwin Toth, BA MA
Hptm Ing. MMMag. Hannes Pirker

Jubiläumszeichen in Silber (JZS)
Kapitän Univ.-Prof. DDr. Harald Neudorfer
Oberstabsarzt d.R. Dr. Claes Grotehans

Jubiläumszeichen in Gold (JZG)
Kapitän Univ.-Prof. DDr. Harald Neudorfer
Olt Botschafter Mag. Martin Pammer
Olt Mag. Dr. Johannes Kunz
Obstlt Dkfm. Dipl.-Hdl. Ralf-Peter Wunderlich

Jubiläumszeichen in Gold mit Lorbeer (JZG/L)
HptmdR Ing. Mag. Norbert Vogel
Hptm KR Ing Helmut Jakobowitz
OberstApotheker Mag. Richard Wosolsobe

Kommandeurkreuz mit Stern des Ehrenzeichens der OG-WIEN (KK/St)
Obst Dr. Udo Birkner anlässlich seiner Wiederwahl zum Präsidenten der OG-Wien.

Termine

Dienstag, 19. Oktober 2021, 19.00 Uhr

Abg. z. NR a.D. Major dhmfD aD Mag. Walter Tancsits: „50 Jahre Wehrpolitik in Österreich – persönliche Erfahrungen und Schlussfolgerungen“

Walter Tancsits ist 1971 zum EF-Jahr eingerückt und hat während seiner militärischen und politischen Laufbahn die Umgestaltung des Bundesheeres, die permanenten Reformen und öffentlichen Diskussionen über die Landesverteidigung hautnah miterlebt. Er war Zeitoffizier, UN-Soldat, von 1999 bis 2006 als Nationalratsabgeordneter Mitglied des Landesverteidigungsausschusses. In politischen Reformgruppen in den 1970er-Jahren, als Mitglied des Milizbeirates
bis zur Mitwirkung bei der Volksbefragung zur Wehrpflicht hat er sich in der Wehrpolitik genauso eingebracht wie bei der Redakteursarbeit für die ÖOG und die Wiener OG.

Dienstag, 9. November 2021, 19.00 Uhr

(gemeinsam mit der Österreichischen Gesellschaft für Kulturgüterschutz):

General iR Mag. Edmund Entacher: „Die Bedeutung von Ethik und Kulturgüterschutz in der militärischen Führung“

General iR Edmund Entacher war von November 2007 bis zu seiner Abberufung durch Verteidigungsminister Darabos im Jänner 2011 Chef des Generalstabes des Bundesheeres und damit ranghöchster Offizier. Vom 7. November 2011 bis zur Pensionierung Ende März 2013 war er wieder Chef des Generalstabes des Österreichischen Bundesheeres.

Dienstag, 23. November 2021, 19.00 Uhr

Bgdr Mag. Kurt Wagner: „Aktuelle Lage Militärkommando Wien“

Seit 1. März 2012 ist Bgdr Kurt Wagner Militärkommandant von Wien.

Schießtermine 2021 für OG-Mitglieder in STAMMERSDORF
am 25m-Stand des HSV in der Box 4:
Leitung: Obst aD Gerald Österreicher

17. Oktober 2020
21. November 2020
jeweils von 10.00 bis 13.00 Uhr

Beginn der Vorträge der OG-Wien, wenn nicht anders angegeben, jeweils um 19.00 Uhr im Militärkasino, Wien 1, Schwarzenbergplatz 1.
Die Klubräumlichkeiten sind ab 18.30 Uhr geöffnet!
Es herrscht in den Räumlichkeiten der OG aufgrund des TNRSG (Tabak- und Nichtraucherschutzgesetz) Rauchverbot!

Die OG-Wien freut sich auf zahlreichen Besuch!

Zwettler

Privatbrauerei seit 1708

Waldviertel pur.

Von Natur aus gut!

Nicht zuletzt ist der Erfolg der Privatbrauerei Zwettl der guten regionalen Zusammenarbeit gestiftet – mit den Landwirten, die im Waldviertel Hopfen und Braugerste kultivieren und mit vielen Geschäftspartnern in der heimischen Gastronomie, welche die individuell gebrauten Zwettler Biere den vielen Bierfreunden des Landes aufwarten.

zwettler.at

Wir sind als unabhängige Gesinnungsgemeinschaft Heimstätte für alle Offiziere. Unsere Vereinigung zeichnet sich durch Kompetenz und konstruktive Kritik aus.

Meinungsbildung wird in der Offiziersgesellschaft Wien durch Transparenz, Diskussion und Erfahrungsaustausch gefördert.

Offizier zu sein, ist für uns Berufung und Markenzeichen.

Wir freuen uns, Sie kennenzulernen!

Offiziersgesellschaft Wien. Die kritische Instanz in Sachen Sicherheit.

WIEN
OFFIZIERSGESELLSCHAFT

Schwarzenbergplatz 1
1010 Wien
info@ogwien.at
www.ogwien.at